

MAI★ZEITUNG

Berlin // April 2005 // Texte & Termine für die soziale Revolution

Geht es Ihnen gut?

Politische Analysen anstelle eines Vorwortes

Oder gehören Sie eher zu dem überwiegenden Teil der Gesellschaft, dessen Alltag in den letzten Jahren eher von größerer Zukunftsangst und finanziellen Verlusten gekennzeichnet war? Die Maßnahmen innerhalb der sogenannte **Agenda 2010** und die gerade umgesetzten Gesetzesvorschläge des VW-Vorstandes Peter Hartz (mit einem Jahreseinkommen von 2,6 Mio Euro) werden auf jeden Fall dazu beigetragen haben.

Keine Sorge, wir wollen Ihnen nichts verkaufen und wir machen auch keine Werbung für irgendeine Partei oder andere Glaubensgemeinschaften.

Es wird allgemein behauptet, uns geht es allen gut. Man bräuchte ja nur mal in andere Länder gucken, denen geht es doch noch viel schlechter, heißt es. Heißt das auch, das es erst erlaubt ist, die Verhältnisse zu kritisieren, wenn die Leute auch hier auf der Strasse verhungern? Und selbst wenn Menschen noch überwiegend in den abhängigen, armen Ländern an Armut sterben, und noch nicht hier, wird es dadurch besser? Wir haben es ziemlich satt, uns von hochbezahlten Wirtschaftsvertretern oder ihren gutbezahlten Handlangern in den politischen Parteien über die Medien diktieren zu lassen, was wir dürfen und was nicht. Veränderungen sind bisher nur dort möglich gewesen, wo die Betroffenen eines Problems ihre Interessen zielstrebig in die eigenen, selbstbestimmten Hände genommen haben. Nur wer sich zusammenfindet und sich selbstständig organisiert, kann irgendetwas für die eigenen Ziele gewinnen oder sich Gehör verschaffen. Wir sind parteiunabhängige Gruppen, die sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen haben. Wir wollen dem alltagspolitischen und ideologischen Wahnsinn der dieser Tage grassiert mit dieser Zeitung etwas Inhaltliches entgegensetzen. Wir wollen mit dieser Zeitung Argumente und Sichtweisen vermitteln, die der bürgerlich-kapitalistische Medien-Mainstream nicht bringt.

Wir nähern uns dem diesjährigen **1.Mai**. Für uns ist das der Anlass, mal darüber nachzudenken, was dieser Tag eigentlich noch mit den Problemen der arbeitenden oder zur Erwerbslosigkeit verdammten Bevölkerung zu tun hat.

Ein wirklicher Unterschied zwischen der jetzt regierenden Parteienkonstellation und der sogenannten Opposition lässt sich nicht erkennen. Vielleicht hätte unter einer CDU Regierung die Durchsetzung der aktuellen Kahlschlagpolitik zu mehr Protest der mit dem DGB verflochtenen SPD geführt. Letztendlich an der Macht zeigen sich die sogenannten Sozialdemokraten wie immer als treue Erfüllungshelfer der Unternehmerinteressen. Auch die Versprechen zu mehr Arbeitsplätzen durch eine angekurbelte Wirtschaft sind mit Vorsicht zu genießen. In den letzten Jahren wurde eine Wirtschaftspolitik betrieben, die den Unternehmen große Steuererleichterungen und viele andere Vorteile gebracht haben. Das hat dazu geführt, dass Deutschland Exportweltmeister ist und die meisten DAX - Unternehmen Rekordgewinne eingefahren haben. Gleichzeitig finden massiver Stellenabbau und die aktuelle Kahlschlagpolitik statt. Wenn Sie also nicht in Besitz von Aktien sind, erklärt sie diese Wirtschaftspolitik von vornherein zu einem profitierhemmenden Kostenpunkt.

Mit der Einführung der neoliberalen Globalisierung haben es die Herrschenden nicht mehr nötig, soziale Absicherungen wie das Sozialsystem in der BRD, verschiedene ArbeiterInnenrechte (Kündigungsschutz, Krankenscheibung etc.) oder den Zugang für die ärmeren Schichten zu Ärzten und Krankenhäusern aufrechtzuerhalten. Erklärte Rechte oder gewährte Zugeständnisse werden hier als auch weltweit zurückgefahren. Überall wird den Verarmten klargemacht, dass sie als Reservearmee der Wirtschaft zur Verfügung stehen müssen.

Niemand der Herrschenden in diesem Land will noch einen **Sozialstaat** im Kapitalismus. Diese Idee und ihre historische Notwendigkeit ist mit dem Verschwinden der Systemkonkurrenz des "Sozialistischen Staatenblocks" auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen worden.

Der Tag der Befreiung

Mit auf den Müllhaufen der Geschichte droht auch die Erinnerung an Ursachen und Wirkungen des Zweiten Weltkrieges zu wandern. Am **8.Mai** diesen Jahres ist die bedingungslose Kapitulation des sogenannten 3. Deutschen Reiches genau 60 Jahre her. Gleichzeitig sitzen wieder Nazis in Deutschen Länderparlamenten. In den Medien läuft seit Monaten eine Kampagne mit dem Ziel, den deutschen Opfern von Krieg und Vertreibung gedenken zu dürfen. Es wird immer wieder auf die Grausamkeiten der Roten Armee hingewiesen und das die völlige

Vernichtung des deutschen Staats- und Wirtschaftswesens doch nun wirklich kein Befreiung gewesen sein kann. Nun ja, das kommt auf den Blickwinkel an, würden wir sagen. Wer sich die Sicht derjenigen Deutschen zu eigen macht, die das Nazi-System mehr oder weniger bis zum Schluss gestützt haben, so war es wohl ein Zusammenbruch. Wer sich die Sicht derjenigen zu eigen macht, die solange mitgespielt haben wie es Vorteile brachte, um danach zu sagen, sie seien ja eigentlich immer dagegen gewesen oder hätten von nichts gewusst, so war es vielleicht die Stunde Null. Wer sich aber die Perspektive der Opfer der Eroberungs- und Vernichtungsfeldzüge zu eigen macht, und die der Minderheit der Deutschen die tatsächlich nie die NSDAP unterstützt haben, der kann nur von **Befreiung** sprechen. Das offizielle Gedenken an diesem Tag trieft vor Heuchelei und Geschichtsfälschung. Vielleicht we-gen des schon lange schlechten Zustands unseres Bildungssystems ist es möglich, einen Film wie "Der Untergang", in dem nichts über Ursachen und Wirkungen erzählt wird, zum Lehrfilm an Schulen zu machen. "Ich bin es nicht gewesen, Adolf Hitler war's!" Noch nie war Antifaschismus so billig wie heute.

Und schon lange war Antifaschismus nicht mehr so notwendig wie heute. Antifaschismus ist aber nicht nur Mahnung und Gedenken, sondern Einsicht in die historische Erfahrung, das die Rechten von heute die Mörder der Opposition von morgen sind.

Aggressiv nach Außen, repressiv nach Innen

Es ist schon auffallend, dass in Zeiten wie diesen immer weniger Leute davon überzeugt sind, dass der Kapitalismus für die Mehrheit der Weltbevölkerung eine menschenwürdige Perspektive bietet. Es gibt in Europa und überall auf der Welt Bewegungen, die sich gegen die herrschende Ordnung und Reichumsverteilung aussprechen. Nicht alle diese Bewegungen sind das, was wir uns unter fortschrittlichen, Perspektiven bietenden Strömungen vorstellen, aber sie sind Ergebnisse von historischen Ungerechtigkeiten und aktuellen "Konflikten". Diese "Konflikte" sind Kriege, die ihre Ursache in den Profitinteressen, Konkurrenz und der aktuellen Außenpolitik der Reichen Länder, auch Deutschland, haben.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr, sagen es ganz deutlich: Die Aufgabe der Bundeswehr ist nicht nur die "Vaterlandsverteidigung" sondern die Verteidigung der "nationalen Interessen" des "freien Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt". Wie das aussehen kann, zeigt der erste deutsche Angriffskrieg nach 1945 gegen Jugoslawien oder die prinzipielle Vasallentreue zu den immer neuen Kriegsverbrechern im Weißen Haus. Es außerdem auffallend, dass diejenigen, die am lautesten nach Demokratie und Menschenrechten rufen, am schnellsten bereit sind genau diese demokratischen Freiheiten und Menschenrechte mit Füßen zu treten, zu lügen und zu heucheln. Das gilt bei weitem nicht nur für die US-amerikanische Regierung. Wer zum Beispiel eine **EU-Verfassung** entwirft und absegnet, welche die "demokratische Grundlage" von über 300 Millionen Menschen sein soll, diese Verfassung aber keiner gesellschaftlichen Diskussion, geschweige denn Abstimmung stellt, der zeigt, was er für "Demokratie" hält. Es geht den Herrschenden auch nicht um eine "demokratische EU", sondern um die Schaffung einer europäischen Freihandelszone mit einem großen Binnenmarkt, der die Möglichkeit bietet das Lohngefälle der einzelnen Staaten gegeneinander auszuspielen. Außerdem bietet dies die Möglichkeit, das Lohngefälle im eigenen Herrschaftsbereich missbrauchen zu können, ohne in die hart umkämpften Krisenregionen der Welt expandieren zu müssen. Ein solcher Europäischer Block will natürlich auch militärisch "handlungsfähig" sein, also Kriege auf eigene Rechnung, ohne die USA führen können.

Es war bisher immer so, dass dort, wo Widerstand so stark entwickelt war, die Profite der Wirtschafts- und Machteliten in Gefahr zu bringen, sich auch Regierungen gefunden haben, die zu jedem Verbrechen bereit waren, um die Opposition auszuschalten, so zum Beispiel in **Kolumbien**. In den meisten Fällen waren die Mörder und Handlanger die Organisationen der extremen Rechten. Nicht überall ist die Rechnung der Herrschenden aufgegangen. Wer unter den Totschlagargumenten "**Innere Sicherheit**" und "**Terrorismusbekämpfung**" alles zu Terror erklärt, was den freien Personen-, Waren- und Güterverkehr der Wirtschaft und der Politik behindert, der bereitet massive staatliche Gewalt gegen jeden Streik, gegen jede Straßenbesetzung, gegen jede unangenehme Demonstration vor. Erfahrungen mit diesen neuen europäischen Anti-Terrorgesetzen



durften zum Beispiel schon die streikenden spanischen Werftarbeiter, belgische Stahlarbeiter in Brüssel oder die baskische Linke machen. Diese Form von Missbrauch staatlicher Macht nennt man Staatsterrorismus. Wird der Staatsterrorismus zum Normalzustand, ist das Diktatur. Beide Formen staatlicher Unterdrückung finden jeden Tag vor unseren Augen statt, im Namen der "Menschenrechte", der Verteidigung des Rechtsstaats oder was auch immer. Trotz alledem gehen wir davon aus, das nichts bleibt wie es ist. Es gibt kein Ende der Geschichte.

Wem die Scheiße bis zum Hals steht, der sollte den Kopf nicht hängen lassen

Wir reden von Opposition, von Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse. Dieser Widerstand ist notwendig und gerechtfertigt, wenn wir nicht wollen, das diese Politik der Profitmaximierung dazu führt, das unsere **Stadtteile** in einen Strudel aus Armut, Unbildung, Perspektivlosigkeit, Vereinzelung, Gewalt und Drogenmissbrauch geraten. Wer hier bewusst keine Ausbildungsplätze schafft, will hier auch keine Arbeitsplätze schaffen. Es bleibt ja schließlich immer noch die Möglichkeit BerufssoldatIn zu werden.

Wer Gelder für Schulen streicht und sagt, dass die Universitäten nicht mehr jedem offen stehen sollen, der will eine kleine angepasste, wohlhabende Elite und das gemeine Volk möglichst ungebildet außen vor. Gerade im **Bildungssystem** zeigt sich die rassistische und soziale Auslese deutlich. Das unterstreichen die aktuellen Statistiken von Schulabschlüssen Nichtdeutscher oder der Tatsache, dass gerade mal 12 % aller Studenten aus armen Verhältnissen stammen. Wer auch noch Gelder für die **Öffentliche Gesundheitsversorgung** streicht, allein in Berlin-Brandenburg an die 50 000 Menschen ohne Krankenversicherung hinnimmt, Kliniken privatisiert und somit dem Zwang unterwirft nach Profitgesichtspunkten zu wirtschaften und nicht mehr für die Menschen, dem sind die Menschen ohne teure Zusatzversicherung egal. Gesundheit wird zur Ware. Eine Ware die vor allem für uns Arme kaum noch erschwinglich ist. Dies lässt sich deutlich an ein paar Zahlen aus den Berliner Armutsbezirken Neukölln und Kreuzberg ablesen. In diesen Bezirken, in denen jedes vierte Kind Sozialhilfeempfänger ist, liegt die Säuglingssterblichkeit gegenüber reicheren Bezirken 50% über dem Durchschnitt. Zahnprobleme bleiben in Armutsbezirken ebenfalls überdurchschnittlich hoch unbehandelt. Generell sind seit Einführung der Praxisgebühr die Patientenzahlen drastisch zurückgegangen. In Friedrichshain/Kreuzberg beispielsweise sind das 15% unter dem Vorjahrswert. Die Folgen davon sind eine Anhäufung von verschleppten Krankheiten in den sozial schwachen Bezirken.

Heraus zum 1. Mai!

Es gab immer Leute, die dem Gequatsche von der Sozialen Marktwirtschaft und dem ewigen Wirtschaftswachstum misstraut haben. Die einen aus politischer Überzeugung, die anderen aus schlichter Erfahrung und Armut. Die waren es auch, die für sich entschieden haben, nicht mehr am Bierfest des DGB teilzunehmen, sondern stattdessen durch ihren armen Kiez zu laufen, durch SO36, und das bis heute tun. Die Geschichte des **Kreuzberger 1. Mai** ist eine Geschichte voller guter Ansätze und Ideen, von Wut, Solidarität und Witz. Eine Geschichte von berechtigter Wut, die sich auf der Strasse entlädt.

Die Akteure der sogenannten Krawalle haben im Laufe der Jahre gewechselt. Ihre soziale Herkunft, Situation und Motivation ist aber über all die Jahre ähnlich geblieben: Einmal im Jahr mit vielen anderen gemeinsam das "staatliche Gewaltmonopol" bewusst in Frage stellen.

Vor allem ist der erste Mai in Kreuzberg von Pressehetze, ständigen Polizeübergriffen, Verboten, Kriminalisierung und **Repression** geprägt, es geht um die Machtdemonstration des Staates, die uns zeigen soll: Widerstand ist gefährlich, also lasst

es bleiben. Die neueste Masche beim Versuch den 1. Mai zu befrieden, ist die offene Zusammenarbeit der ehemals linken Kreuzberger Lokalprominenz, Grünen, PDS, Hauseigentümergeinschaften, dem Quartiersmanagement und dem Bezirksamt mit der Polizei. Ziel ist es, den ersten Mai Demonstrationsfrei zu gestalten. Die Mittel dazu waren im Jahr 2004 noch 300 000 Euro Staatsknete an ausgewählte Projekte und das Einbinden potentieller Krawallmacher in die Sicherheitsaufgaben für das "Myfest". Die Steigerung davon ist dieses Jahr das Angebot an arbeitslose Jugendliche sich im Rahmen einer Security-Kurzausbildung auch über Karrieremöglichkeiten bei Sicherheitsdiensten, Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr zu informieren. Das System braucht schließlich Kanonenfutter.

Gegeninformation - Wir können die Herrschenden nicht zwingen die Wahrheit zu sagen, wir können sie aber zwingen immer unverschämter zu lügen

Diese Zeitung ist absolut parteiisch, sie ist einseitig, sie ist genau die Gegenpropaganda, die in Zeiten wie diesen notwendig ist, um der Propaganda der Herrschenden und ihren einseitigen Deutungen und Verdrehungen auf allen Kanälen ein bisschen was entgegenzusetzen. Wir wollen erreichen, dass die ärmeren Menschen wieder Mut fassen, sich um ihre politischen und sozialen Belange selbst zu kümmern, sich dazu selbst zu organisieren und sich Perspektiven zu erkämpfen und nicht zu erbetteln: die in der Fabrik und in der Nachbarschaft, die erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter, die erwerbslosen Akademikerinnen und Akademiker im Taxi, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die aus dem Gesundheitswesen, vom Bau, die Hausfrauen, die Alleinerziehenden, die Jugendlichen... Alle die von den Systemgewerkschaften und Wahlalternativen enttäuscht sind, alle, die nicht soviel fressen können wie sie kotzen möchten.

Es wird Zeit.

Die nächsten Forderungen nach Verschlechterung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen hat der Unternehmerverband an seine Große Koalition der SPDSGRÜNFDPDCUDUNPD... schon gestellt.

1. Mai 2005 / Es gibt nix zu feiern - außer die soziale Revolution!

Inhalt

Termine

Aktionstage, Veranstaltungen, Demonstrationen und mehr - Seite 8

Agenda 2010

von Lissabon bis Berlin, Hartz IV und Sozialabbau - Seite 2

Stadtteil

Über die Notwendigkeit von Stadtteilkommunikation. Sozialabbau lokal bekämpfen - Seite 2

EU-Verfassung

Verschärfungen im Namen der „Terrorismusbekämpfung“ beschlossen - Seite 3

Revolution & Konterrevolution

Methoden der Aufstandsbekämpfung - Seite 3

Berliner Blutmai

Sozialdemokraten lassen auf DemonstrantInnen schießen - Seite 8

Revolutionärer 1. Mai

1987: 1. Mai Demo in Berlin-Kreuzberg // Aufruf zur Demo, 1. Mai 2005 18 Uhr O-Platz// Myfest contra Demo - Seite 4 & 5

8. Mai

Antifaschistischer & Antikapitalistischer Konvoi zum Tag der Befreiung - Seite 7

Klassenkampf

Classwar-Comic aus UK zu Widerstand im Stadtteil - Seite 2 & 6

Bildung statt Umbildung

Privatisierung und Neoliberalismus contra öffentliches Schulsystem - Seite 8

Kolumbien

Jährlich werden zahlreiche Gewerkschafter staatlich sanktioniert ermordet - Seite 6



Agenda 2010

Lissabon- Berlin, die Schweinerei hat international Methode

Agenda 2010 - Ausbeutung und Herrschaft

Spielzeug für 1,53 Euro im Monat, Schulmaterial für 1,33 Euro, Fahrtkosten in Höhe von 19,18 Euro, die neben der BVG auch den Besuch bei der Tante in Westdeutschland abdecken sollen - Hartz macht arm. Wer seit 1.1.2005 von Arbeitslosengeld II leben muß, weiß das nur zu gut. Im Bezirk Kreuzberg, dem ärmsten der Berliner Bezirke, lebten laut dem Sozialstrukturatlas 2003 28,1% der Bevölkerung in Armut, das heißt, sie hatten weniger als 606 Euro monatlich zur Verfügung. Doch sind selbst diese Zahlen schon veraltet, denn mit der Umsetzung von Hartz IV wird sich die Einkommensarmut von Langzeitarbeitslosen um mindestens ein Drittel erhöhen. Genau diese Personengruppe, Langzeitarbeitslose und ehemalige SozialhilfeempfängerInnen, sind zusätzlich mit dem drohenden Verlust ihres bisherigen Wohnraumes konfrontiert. Noch ist nicht klar, wie hoch die Miete und wie groß die Wohnung sein darf, die vom Land Berlin als "angemessen" akzeptiert und somit als sogenannte Unterkunftskosten im Rahmen von ALG II übernommen werden. Zwar sollten die Kriterien für angemessenen Wohnraum nach Hartz IV erst ab Sommer tatsächlich umgesetzt werden, doch haben bereits einige Kommunen "vorsorglich" Briefe verschickt mit der Aufforderung, sich nach billigerem Wohnraum umzusehen.

Verarmung als Programm

Hartz IV ist zwar der am heftigsten kritisierte, aber nicht der einzige "Reformschritt". Vielmehr handelt es sich bei den Hartz-Gesetzen um ein Bündel von Maßnahmen, die erst im Zusammenhang ihre ganze Wirkung entfalten. Die Maßnahmen reichen von der Einführung staatlich organisierter Billig-Leiharbeit in den sogenannten Personal-Service-Agenturen bis zum Zwang zum Wohnortwechsel zwecks Beschäftigungsaufnahme, selbst wenn diese auf ein halbes Jahr befristet sein sollte; von der Einführung von Mini- und Midi-Jobs auf Basis einer Schmalspursozialversicherung bis hin zur Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien, das heißt dem Zwang zur Annahme jeder Arbeit. Arm sind schon lange nicht mehr nur die, die von irgendeiner Art von Stütze leben müssen. Für viele bedeutet Arbeit zu haben noch lange kein Einkommen, das zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausreicht. Schon 1.66 Millionen Beschäftigte üben neben ihrer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einen geringfügigen Nebenjob aus. Während sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abnimmt (2004 gegenüber

Vorjahr um 300000) steigt die geringfügige rasant an. Dazu kommen noch Ich-Ags und andere Klein-Existenzgründungen, die ihr Dasein meist am Rande des Existenzminimums fristen, ganz zu schweigen von den tariflich abgesegneten Hungerlöhnen in der Gastronomie, Gebäudereinigungsgewerbe und ähnlichen.

Prekäre Zeiten

Dramatisch steigende Arbeitszeiten bei niedrigerem Einkommen, mehrere miese Jobs, um überhaupt über die Runden zu kommen abwechselnd mit Zeiten der Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, Verlust tariflicher Rechte, eine gesteigerte Anforderung an Mobilität und Flexibilität bis hin zu Wander- und Saisonarbeit - all das charakterisiert schon jetzt den Alltag eines wachsenden Teils derer, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Die Ausweitung prekärer Arbeitsverhält-



nisse beschreibt nicht nur den Wegfall der "schützenden Hülle" eines "Normarbeitsverhältnisses", sondern einen Prozess, in dem Erwerbsarbeit ausgeweitet wird, die nicht existenzsichernd ist und das bis in die "Normarbeitsverhältnisse" hinein. Auch wenn in Zukunft die Prekarität der Arbeit zunehmen wird, wird es weiter sogenannte Kernbelegschaften geben. Über deren arbeitsorganisatorische Notwendigkeit hinaus, führen sie zu einer Hierarchie in den Ausbeutungsverhältnissen. Das erschwert die gemeinsame Vertretung von Interessen und die Organisierung von Widerstand.

Gewinne explodieren

Vor wenigen Wochen meldete der Bereich Wirtschaftspolitik vom Bundesvorstand von ver.di: "Gewinne explodieren - Löhne stagnieren. Um elf Prozent stiegen die Einkommen der Unternehmen und

Vermögensbesitzer im Jahr 2004 an. Ein Rekordzuwachs! Das ist die bei weitem stärkste Steigerung seit mehr als 20 Jahren, wenn man die Preissteigerungen berücksichtigt." Gleichzeitig vermerkt ver.di, dass die Lohnkosten im letzten Jahr kräftig gefallen sind und im Verhältnis zur Wertschöpfung geradezu abgestürzt seien. "Noch nie haben die Unternehmer an ihren Beschäftigten so viel Geld verdient!" Scheinbar noch nicht genug!? Um die Mähr "von leeren Kassen" und "mangelnder Standortsicherheit" aufzubrechen, ist es notwendig, zur kollektiven Gegenwehr überzugehen und sich nicht gegeneinander auspielen zu lassen. Solange Millionen Menschen individuell der "Leistungskürzung" gegenüberstehen, solange sie gezwungen sind, jeden Drecksjob anzunehmen, funktionieren sie als Lohndrücker. Solange Beschäftigte in den Hartz-Gesetzen nicht mehr als Kürzungspolitik sehen und nicht realisieren, dass es sich um einen Angriff auf ALLE Lohnabhängigen handelt, werden sie machtlos sein gegen Lohndrückerei und die Angriffe "ihrer" Unternehmensleitung.

Lissabon- Berlin, die Schweinerei hat international Methode

Die von Kanzler Schröder ausgerufenen Agenda 2010 beinhaltet weit mehr als die Hartz-Gesetze. Sie ist die deutsche Umsetzung der Lissabon-Strategie, die auf dem EU-Gipfel 2000 beschlossen wurde. Vorgesehen ist, die EU bis zum Jahr 2010 zum "dynamischsten Wirtschaftsraum" der Welt zu machen. Europa soll Supermacht werden. Voraussetzung dafür ist, den Konzernen in der verschärften internationalen Konkurrenz eine bessere Stellung zu verschaffen. Die Reduzierung der Kosten der Arbeitskraft und die Ausweitung des Niedriglohnssektors gehören ebenso wie die Senkung der staatlichen Transferleistungen in das neoliberale Programm der Herrschenden in allen europäischen Ländern. Des Weiteren werden durch die Privatisierung bisher öffentlicher Daseinsvorsorge wie Nah- und Fernverkehr, Wasser-, Energieversorgung, Wohnen aber auch Bildung, Renten- und Gesundheitssystem dem Kapital neue Märkte erschlossen. Aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung wird jeder "seines Glückes Schmied". Hast du Zähne. Der Widerspruch zwischen vorhandenem - erarbeitetem! - gesellschaftlichem Reichtum und der Möglichkeit einer Teilhabe wird immer himmelschreiender. Die Propaganda vom "schlanken Staat" bedeutet jedoch keineswegs, dass es weniger Staat gibt, sie dient lediglich dazu den Menschen zu verkaufen, dass sich der Staat aus der sozialen Absicherungen der Menschen scheinbar alternativlos herausziehen muss. Steuergelder werden verstärkt in Subvention von Kapitalinteressen, in Repression, Kontrolle und Aufrüstung umgelenkt. Letzteres ist

auch konsequent, denn politische und wirtschaftliche Stärke müssen militärisch abgesichert sein. Wie sonst sind die "vitalen nationalen Interessen" am Hindukusch wohl zu verteidigen? Die Neuaufteilung der Welt soll nicht ohne Europa und vor allem nicht ohne Deutschland als Führungsmacht (neben Frankreich) vonstatten gehen.

Internationaler Angriff erfordert internationalen Widerstand



Da Kapital und Staat die sich nationalstaatlich organisierenden Widerstände wie bei Opel in Bochum dazu nutzen, um die Lohnabhängigen gegenseitig auszuspielen, ist eine internationale Perspektive von Widerstand notwendig. Wir müssen klar sehen, daß die vermeintliche Rettung des "eigenen" Standorts immer die Niederlage der anderen ist. Wenn Opel Bochum den Zuschlag kriegt, hat Trollhättan in Schweden eben verloren. Um derartige Niederlagen zu vermeiden, muß es zu einer Koordination der Arbeitskämpfe kommen! Nur internationalistisch sind Kämpfe gegen Sozialabbau und Lohndrückerei auf Dauer erfolgreich. Das heißt unsere Kämpfe müssen sich mit den anderen europaweit, weltweit solidarisieren und vernetzen.

Ein Beispiel für einen erfolgreichen internationalen Arbeitskampf ist der Kampf der Hafenarbeiter gegen die "Port Package"-Richtlinie der EU-Kommission, nach der Besatzungen ihre Schiffe künftig selbst be- und entladen sollen. Höhepunkt des Kampfes waren Demonstrationen in Rotterdam und Barcelona, bei denen am 29. September 2003 über 16.000 Hafenarbeiter aus allen Teilen Europas - incl. einer Delegation aus den USA - unter der Losung "proud to be a docker" auf die Straße gingen. Zusätzlich legten die Arbeiter in vielen Häfen Europas zeitlich aufeinander abgestimmt die Arbeit nieder. Im letzten Jahr, nach einem erneuten Vorstoß der EU-Kommission, kam es erneut zu koordinierten Aktionen in Dänemark, Griechenland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden und Deutschland. Aber nicht nur in den Häfen, auch hier in den Stadtteilen, ist koordinierter Widerstand nötig. Der Kampf gegen die Verarmungspolitik der Hartz-Gesetze und die Selbstbankrottierung der öffentlichen Haushalte kann und muß vor Ort begonnen werden. Gegen die Privatisierung und Schließung öffentlicher, sozialer und kultureller Einrichtungen und Betriebe, wie Krankenhäuser, Kitas, Wohnungsbaugesellschaften etc., müssen sich die NutzerInnen gemeinsam mit den Belegschaften zur Wehr setzen.

In diesem Sinne: Heraus zum revolutionären 1.Mai

Brigade Prekär

Stadtteilarbeit

Wer, wenn nicht wir - wann, wenn nicht jetzt - wo, wenn nicht hier.

"Problemkiese", "gefährliche Orte", "Kriminalitätsschwerpunkte", "rechtsfreie Räume"... So oder so ähnlich werden in den Medien unsere Stadtteile beschrieben. Diese Begriffe sind scheinbar fest definiert. War der Begriff "Problemkiez" noch politisch definiert und forderte politisches Handeln ein, ist der "gefährliche Ort" nur Instrument für polizeiliche Intervention. Hier soll auf die Auswirkungen von Armut und Ausgrenzung nur mit ordnungspolitischen Maßnahmen reagiert werden. Das Ergebnis ist eine höhere Polizeidichte und Überwachungskameras an allen öffentlichen Plätzen bis hin zu Hubschraubereinsätzen gegen Graffiti sprühende Jugendliche. Aber - wer definiert "Problemkiese" zu "Kriminalitätsschwerpunkten" und damit zu "gefährlichen Orten"? Und warum? Der Bezirk Dahlem beispielsweise ist ein Kriminalitätsschwerpunkt für Steuerhinterziehung, Veruntreuung und organisierte Wirtschaftskriminalität, deswegen ist er im Sinne der Herrschenden kein gefährlicher Ort.

Als gefährlich werden Teile von Neukölln oder Kreuzberg angesehen, die geprägt sind von sozialer Ungleichheit, Armut, Perspektivlosigkeit und oft daraus entstehender Kriminalität. Die Ursachen der Probleme liegen aber nicht in den Stadtteilen an sich, sondern in der Gesellschaft und sind Ergebnis von Politik und Wirtschaft. Gefährliche Orte sind Orte, an denen wir uns unsicher fühlen, unabhängig davon, ob wir tatsächlich in Gefahr sind. Dieser Effekt wurde im Film "Bowling for Columbine" als die uramerikanische "Angst vorm schwarzen Mann" beschrieben. Wenn uns die Medien immer wieder erzählen, dass unsere Nachbarn ausschließlich Kriminelle und Gewalttäter sind, glauben wir irgendwann daran. Das verhindert, dass wir uns mit ihnen zusammenschließen und solidarisch, ohne Angst und Vorurteile aufeinander zu gehen. Genau das ist aber der Weg, Vereinzelung und Isolation zu durchbrechen. All die Begriffe, die gerne als Beschreibung der Lebensumstände in den armen Bezirken benutzt werden, täuschen über die tatsächlichen Probleme hinweg und verschweigen die Ursachen. Aus dem angeblichen Kampf gegen die Armut ist längst ein Kampf gegen die Armen geworden. Wenn man also die Probleme im Stadtteil bekämpfen will, muss man die Entscheidungen von Politik und Wirtschaft bekämpfen.

Die Armen haben keine Lobby und sollen nur noch verwaltet werden. Es gibt zur Zeit keine wählbare Partei, schon gar keine der großen sog. "Volksparteien", die nicht im Sinne der Unternehmerinteressen handeln wird. Die Gewerkschaften haben traditionell die Interessen von Festangestellten vertreten. Mittlerweile spielen sie eher die Rolle eines Vermittlers zugunsten der Unternehmen und des "Standortes Deutschland" als die einer tatsächlichen ArbeiterInnenvertretung.

Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz haben sie sich bisher zum Beispiel auch nicht nennenswert an den Erwerbslosenprotesten beteiligt und die Montagsdemonstrationen mehr sabotiert als unterstützt. Gleichzeitig wird eine Basis in den Betrieben immer kleiner, weil immer weniger Menschen festangestellt sind und der größere Teil in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen wird. Wenn also kritische Menschen und Betroffene von Verelendungspolitik nicht mehr in den Betrieben anzutreffen sind, sind dort kennenlernen und austauschen können, so sind sie doch Nachbarn. Und das hat Vorteile. Erwerbslose, RentnerInnen, alleinerziehende Mütter und Väter, Jugendliche treffen sich nicht mehr im Betrieb sondern auf der Strasse im Kiez.

Aber auch hier haben sie keine Interessenvertretung. Das Quartiersmanagement ist dazu nicht geeignet. Ehemals als ein Projekt zur städtebaulichen Verbesserung des Wohnumfelds gedacht, dient es heute gänzlich anderen Zwecken: Gab es früher die Illusion über Mitbestimmung eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu erreichen, wird heute die Armut akzeptiert und soll lediglich überwacht und verwaltet werden. Ging es vor einigen Jahren noch offiziell um eine "soziale Durchmischung" bestimmter Wohnquartiere, werden jetzt ganze Straßenzüge zu gefährlichen Orten erklärt, und den BewohnerInnen der schwarze Peter zugespielt. Als Patentlösung wird dann auch mal, wie im Neuköllner Rollbergviertel, ein Zuzugstop für Nichtdeutsche gefordert. Auch Vorschläge wie der Abriss des Neuen Kreuzberger Zentrum oder des Schöneberger "Sozialpalastes" sind uns noch gut in Erinnerung. Einerseits sollen die Menschen aus ihren Kiezen vertrieben werden, andererseits wird die Ghettoisierung von Armut vorangetrieben. Ein Mittel dazu bieten die neuen Gesetze im Rahmen von Hartz IV, die uns aus Wohnung treiben sollen, wenn wir 2,5 m² Wohnfläche zuviel haben. Das Quartiersmanagement dient dazu diesen Sozialkahltschlag durch Rot-Grün und die damit verbundenen Zwangsmassnahmen gegen BewohnerInnen ärmerer Stadtteile sozialpolitisch zu flankieren. Vor allem aber geht es nicht um Mitbestimmung der BewohnerInnen in ihrer Gesamtheit, sondern um die Einbeziehung des Mittelstandes in die Kontrolle und Überwachung der sozialen Problemen und ihrer Auswirkung Armut.

Ausdruck dieser Politik sind auch Straßenevents wie das "Myfest" in Kreuzberg. Dieses von oben in den Kiez getragene "Fest" soll einzig dazu dienen den unkontrollierbaren Protest am 1. Mai unter Kontrolle zu halten und zu kanalisieren. Hier werden völlig an den Bedürfnissen der AnwohnerInnen vorbei, Hunderttausende Euro für ein Fest verpulvert, das ursprünglich aus einer Initiative von Stadtteilgruppen und parteiunabhängigen politischen Gruppen hervorging. Auf der

Stadtteilinitiative Nord-Neukölln

Kontakt: Stadtteilladen Lunte, Weisstraße 53 U-Bahnhof Boddinstraße, sinn@gmx.net jeden 1. Freitag im Monat macht die SINN Vokü in der Lunte, ab 20 Uhr



Comic: Tintin, Breaking Free von J. Daniels - Fortsetzung, Seite 8

anderen Seite werden dringend benötigte Jugendeinrichtungen und soziale Projekte geschlossen, weil ihnen die finanzielle Unterstützung verweigert wird. Während das Quartiersmanagement also als Handlanger der Regierung über verstärkte Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz Symptombekämpfung und Ausgrenzung betreibt, bleiben die Ursachen weiterhin völlig unangetastet. Deshalb geht es uns darum, gemeinsam gegen die Ursachen der sozialen Ungleichheit vorzugehen. Wir selbst müssen Initiative ergreifen und uns organisieren um uns gegen die ganze Scheiße zu wehren. Lassen wir uns nicht weiter verwalten, sondern setzen wir unsere Vorstellungen vom einem lebenswerten Kiez gemeinsam um. Durchbrechen wir die Isolation und schaffen wir uns Möglichkeiten selbstbestimmt und ohne staatliche Kontrolle und Bevormundung unsere tatsächlichen Probleme zu artikulieren und Widerstand zu entwickeln!

Verbesserung werden nicht erbettelt sondern erkämpft! Widerstand und gegenseitige Solidarität untereinander müssen wieder selbstverständlicher Bestandteil in unserem Alltag werden. Das setzt aber voraus, dass Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot oder Verelendung nicht als individuelle Schicksalslagen angesehen werden mit dem jeder und jede selber fertig werden muss. Gegenseitige Unterstützung - auf Ämtern, mit stressigen Vermietern, gegen rassistische oder sexistische Nachbarn sind praktikierbar und können uns aus unserer Isolation herausziehen. Dies umzusetzen, in dem Bewusstsein dass dieses System der Ausbeutung und Profitorientierung nichts für uns tut, ist der erste Schritt zu einer breiten Bewegung gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung - über die Grenzen unserer Stadtteile hinaus!

Widerstand macht SINNI!

Stadtteilinitiative Nord-Neukölln



RED ZOMBIES NEUKÖLLN Berlins ältestes Straßenkickersteam

Vor ca. 20 Jahren begannen einige Leute der "autonomen Szene" damit, sich in der Hasenheide zu treffen, um dort Fußball zu spielen, ein Spiel, welches zu der Zeit in intellektuell-linken Kreisen verpörrt war. Für uns Straßen- und Parkkicker ging es darum, zu den Wurzeln des Fußballs zurückzukehren, da die zunehmende Kommerzialisierung des Sports vergessen machte, was dieser Sport eigentlich bedeutete, nämlich sportlich-fairer Wettkampf auf solidarischer Basis ohne Einschränkung durch sexistische, rassistische oder homophobe Vorbehalte, Fußballspielen in gemischten Teams, um bestehende bürgerliche Vorbehalte zu überwinden. Wir haben uns immer auch als Teil einer progressiven, antifaschistischen Bewegung begriffen. In unseren Palmares steht die Teilnahme an, sowie

die Ausrichtung von Turnieren mit klarer antifaschistischer Stoßrichtung. Viele dieser Turniere sind inzwischen ein fester Bestandteil des politischen Lebens der Stadt.

Seit vielen Jahren nehmen die Red Zombies an der "Mondiali Antirazzisti" (antirassistische WM in Italien) teil, einem Event, dem größten seiner Art, dessen Zielsetzung ein „Wettkampf ohne bürgerliche Erfolgsorientierung ist. Die Teilnahme und die Begegnung mit gleichgesinnten fortschrittlichen Leuten aus der ganzen Welt steht eindeutig im Vordergrund.

Die Red Zombies haben dabei nie vergessen, daß sie aus dem Arbeiter- und MigrantInnen-Bezirk Neukölln stammen. Durch unser Engagement gerade im Norden Neuköllns wollen

wir offensiv dem alltäglichen Rassismus begegnen, da hier ein Großteil der Ohnmacht gegenüber herrschenden Verhältnissen zu suchen ist. Jeder antirassistisch und antisexistisch denkende Mensch ist dabei herzlich willkommen.

Die Red Zombies treffen sich jeden Sonnabend um 14:00 Uhr in der Hasenheide auf der Wiese neben dem "Biotop" zum freundschaftlichen Kick.

Gastkicker/innen sind gerne gesehen.

Nach dem Spielen (ab ca. 16:30 Uhr) treffen wir uns zumeist noch im Stadtteil- und Infoladen LUNTE zum "gemütlichen Beisammensein". Auch hier ist (fast) jede/r willkommen.

RASSISMUS ANGREIFEN!!!
RED ZOMBIES NEUKÖLLN

Konterrevolution

ein Überblick über die Mittel der Herrschenden, gegen den Widerstand und die revolutionäre Bewegung

das System in dem wir leben, ist geprägt durch weltweite Unterdrückung und Ausbeutung. wir leben in verschiedenen Widersprüchen (Kapitalismus, Rassismus, Patriaschat) in denen wir ausgebeutet und unterdrückt werden. diese Verhältnisse erzeugen natürlich aus sich heraus Unzufriedenheit und Widerstand. dem ist sich der Nutzniesser dieser Verhältnisse, nämlich das Kapital bewußt und entwickelte mit der Zeit immer ausgefeiltere Techniken, um seine Herrschaft zu sichern und die Klassenkämpfe, die Kämpfe um Befreiung zu unterbinden oder reaktionär zu kanalisieren. diese Politik der Herrschaftssicherung bezeichnen wir als Konterrevolution, als permanente Konterrevolution. das Interesse von revolutionären Kräften ist natürlich ein entgegengesetztes. unsere Aufgabe ist es die Unzufriedenheit in revolutionären Widerstand zu verwandeln, den Klassenkampf voranzutreiben und den Klassenkrieg von oben durch den organisierten Widerstand von unten zu beantworten. vor diesem Hintergrund entsteht die Dialektik zwischen Revolution und Konterrevolution und dies in Permanenz. das heißt, es gibt in diesem Verhältnis keinen Stillstand und beide Seiten bedingen sich gegenseitig. reaktionäre Maßnahmen lassen sich beispielsweise in Zeiten schwacher revolutionärer Kräfte einfacher durchsetzen.



sind auf die Interessen des kapitalistischen System abgestimmt. den bürgerlichen Medien ist es zunehmend mehr möglich geworden, erwünschte (Stimmungs-)Bilder zu erzeugen und gesellschaftlich zu verankern. um von den durch das System erzeugten sozialen Widersprüchen abzulenken bzw. nach unten zu kanalisieren wird auch weiter mit Rassismen und Sexismen gearbeitet. daß damit ein Feld bereitet wird, das die Faschisten nutzen, liegt in der Logik der Sache. vor diesem Hintergrund besteht eine Interessenverflechtung von Kapital auf der einen Seite und Faschisten auf der anderen Seite, die dazu führt, daß sich beide Seiten zur Durchsetzung der eigenen Interessen / Politik (be-)nutzen.

so wurden in Deutschland auch nach 1945 immer wieder organisierte Faschisten zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen benutzt und gefördert, sie in die Politik der präventiven Konterrevolution integriert. ein Beispiel dafür ist "Gladio". Gladio ist die Bezeichnung für eine paramilitärische Organisation in Italien, deren Basis sich hauptsächlich aus vom Geheimdienst ausgebildeten und unterhaltenen Faschisten zusammensetzte. diese Organisation wurde nach dem 2. Weltkrieg unter Federführung der USA in allen Nato-Ländern installiert. Aufgabe dieser war es im Falle einer sowjetischen Invasion oder sozialer Unruhen, politisch und vor allem militärisch zu wirken. der deutsche Ableger dieser Organisation wurde unter "Stay Behind Organisation" (bzw. Sword/Antikommunistische Angriffstruppe) bekannt. wie überall rekrutierte

andererseits erfordert eine starke revolutionäre Bewegung viel intensivere Konterrev. Maßnahmen zur Herrschaftssicherung. durch einen Blick in die Geschichte läßt sich diese Dialektik belegen, aber auch erkennen wie die Techniken zur Herrschaftssicherung verfeinert wurden. dazu wollen wir kurz auf eine Phase (präventiv-) Konterrevolutionärer Politik in Deutschland eingehen. seit 1945 haben die Techniken der (präventiven) Konterrevolution in den Metropolen enorme qualitative Sprünge gemacht. Gewerkschaften, Bildung usw.

sich die Struktur auch in Deutschland aus aktiven (ehemaligen) Hitler-Faschisten und Neonazis. die Struktur unterhielt umfangreiche Waffendepots und sollte im Falle einer sowjetischen Invasion oder im Falle von revolutionären Veränderung quasi im "Feindesland" politisch-militärisch wirken. dazu wurden z.B. Todelisten angefertigt, die nicht nur Anarchist:innen und Kommunist:innen beinhalteten, sondern auch SPD-Abgeordnete und Liberale einschloß. das Feindpotential wurde bis tief ins bürgerliche Lager festgesetzt. im Zusammenhang mit "Stay Behind" entdeckte die Polizei in den 80igern 33 Waffendepots, die durch den Neonazi Lempe angelegt wurden. im Jahr 1995 führte der Naziterrorist Naumann die Polizei zu weiteren, von ihm verwalteten Depots. auch beim Anschlag auf das Oktoberfest in München Anfang der 80iger sprechen Indizien dafür, daß SBO-Strukturen involviert waren. dieses Konzept wird sich nach Ende



des kalten Krieges den global neuentstandenen Situation entsprechend verändert haben. dennoch lassen faschisten Bestandteil Konterrevolutionärer Politik.

auch auf institutioneller Ebene hat sich in der BRD einiges getan. da wären das KPD-Verbot, die Notstandsgesetze, die Schaffung und der Ausbau des BKA für die 50iger und 60iger Jahre zu nennen. es folgten der Radikalerlaß, die Aufstellung der Killer-Truppe GSG 9 und die Schaffung des L29a in den 70igern. diese Maßnahmen wurden vor dem Hintergrund einer starken Rev. Bewegung, der 68iger Revolte ergriffen. diese Konterrevolutionären Maßnahmen auf gesetzlicher Ebene waren nicht zeitlich begrenzt. der weitere Abbau von BürgerInnen-Rechten zur Sicherung der kapitalistischen Verhältnisse setzt sich bis heute fort. im Verhältnis zum schrittweisen Sozialabbau im Zeitalter der imperialistischen glo-

balisierung & die darin entstehenden revolutionären Potentiale, bauen die Herrschenden ihre repressiven Instrumente weiter aus. ganze Innenstädte werden mittlerweile Videoüberwacht, die BRD ist weltweit die Nummer eins im Abhören von Telefonen, Europa ist zur für Migrant:innen unerreichbaren Festung geworden. erst 2003 wurde der L29b geschaffen, dieser erleichtert den Repressionsorganen die Überwachung und Kriminalisierung ausländischer Organisationen und die Verfolgung ihrer Aktivist:innen und Unterstützer:innen in der BRD. auch die häufigen L29a Verfahren gegen unsere Strukturen Bundesweit in den 90iger (bis heute), also in Zeiten relativer Schwäche der Linken, zeigt die Angst der Herrschenden vor den Auswirkungen ihrer antisozialen Politik. natürlich ist die von uns dargelegte Entwicklung der Konterrevolutionären Mittel und deren Wechselwirkung zur (Tages-)Politik, sowie zu revolutionären Bewegungen nur ein kleiner Ausschnitt. um das ganze Ausmaß Konterrevolutionärer Maßnahmen, verstanden als permanente Herrschaftssicherung, zu begreifen, wird eine weitere Auseinandersetzung auch mit der herrschenden Medien- und Bildungspolitik, mit staatlicher Drogenpolitik, mit Knast und Klassenjustiz und vielem mehr unumgänglich. dennoch lassen sich aus dem bisher gesagten Schlüsse ziehen. in diesem Sinne...

**für einen revolutionären antifaschismus als Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen revolutionären Befreiungsperspektive!!!
Freiheit für alle sozialen und revolutionären Gefangenen!!!**

gruppe internationale solidarität - magdeburg



EU-Verfassung

Nein zum imperialistischen Staatenbund

Am 19. Mai demonstrierten mehr als 100.000 Menschen gegen die neoliberalen Angriffe der Europäischen Union und die von der Kommission vorbereitete "Dienstleistungsrichtlinie" zur Privatisierung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Viele, vor allem französische GewerkschafterInnen aus der CGT haben zurecht die Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfes in den Mittelpunkt gestellt. Von Seiten der EGB und DGB-Spitzen war keine Kritik zu hören. Dabei stellt der Verfassungsentwurf eine politische Zusammenfassung der bisherigen Schritte der großen europäischen Kapitale und imperialistischen Führungsnationen - v.a. Deutschlands und Frankreichs - dar, die Einigung Europas in der Weltmarkt-Konkurrenz mit den USA voranzutreiben. Die Verfassung ist durch und durch, neo-liberal und imperialistisch. Während sie in Ländern wie Frankreich wenigsten öffentlich debattiert wird, wird sie von der herrschenden Klasse, SPD-Grünen-Regierung und CDU/FDP ohne viel Federlesen durch das Parlament absegnet. That's what bourgeois democracy looks like!

"Die Verfassung und das von den Organen der Union in Ausübung der ihnen zugewiesenen Zuständigkeiten gesetzte Recht haben Vorrang vor dem Recht der Mitgliedsstaaten."

- Um folgende Aufgaben handelt es sich dabei:
- die Festlegung der für das Funktionieren des Binnenmarktes erforderlichen Wettbewerbsregeln;
 - die Währungspolitik;
 - die gemeinsame Handels- und Zollpolitik;
 - die Förderung und Gewährleistung der Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Mitgliedsstaaten;
 - die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der damit verknüpften Militärpolitik;
 - der Abschluss von internationalen Übereinkommen und Verträgen.



Demo in Brüssel, 19.3.2005

Schon im Mai 2000 hatte Außenminister Fischer gefordert, dass die EU zu einem Bundesstaat würde. Auch wenn sie noch ein gutes Stück davon entfernt ist, wurde mit der Festlegung obiger Aufgaben eine ganze Reihe zentraler Staatfunktionen in die Hände der EU und ihrer Organe gelegt. Eine zentrale Rolle, die auch das Wie dieser Übertragung verdeutlicht, spielt zweifellos die Währungspolitik. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist allein zuständig für die Währungs- und Geldpolitik der Staaten, die den Euro eingeführt haben, für die Ausgabe von Banknoten, die Festlegung der Wechselkurse des Euro und die Verwaltung der Währungsreserven. Sie hat nicht nur dadurch enorme Macht. Sie kann auch ohne Mitwirkung aller anderen EU-Instanzen Verordnungen und Beschlüsse erlassen. Die EZB ist lt. Verfassungsentwurf jeder noch so geringen bürgerlich-demokratischen Kontrolle entzogen. Gestärkt wird gleichzeitig der Einfluss der großen Länder, deren Nationalbanken auch den größten Teil der Einlagen in die EZB halten. So zeichnet die Deutsche Bundesbank 24,5% des Eigenkapitals, die französische Zentralbank 16,8%.

Außen- und Militärpolitik

Ähnliche Bestimmungen finden sich auch in anderen Politikbereichen. So verpflichtet der EU-Verfassungsentwurf die Mitgliedsstaaten, die Außenpolitik der EU "aktiv und vorbehaltlos" zu unterstützen. Zwar kann jedes Land weiter Verträge und Abkommen abschließen. Es soll sich aber jeder Handlung enthalten, "die den Interessen der Union zuwider laufen könnte."

Zur Verfolgung einer gemeinsamen Außenpolitik

wird mit der Verfassung auch ein eigenes Ministerium geschaffen. Dieses soll sowohl Vorsitz im Ministerrat für Auswärtiges (also dem Treffen der EU-Außenminister) innehaben wie auch Mitglied der EU-Kommission sein. Wohin der Weg gehen soll, zeigte sich Ende 2004 im Fall der Ukraine, im Dreikampf um den bestimmenden Einfluss in diesem Land zwischen Russland, den USA und der EU. Als zuerst polnische Diplomatie im Schlepptau der USA eine führende Rolle einnehmen wollte, erklärte Fischer das Problem zur "Chefsache" der EU-Kommission und Deutschlands und piff die polnische Diplomatie zurück. Zu jeder Weltmacht gehört auch eine schlagkräftige Interventionstruppe, Aufrüstung und globale Repressionsfähigkeit. In der EU-Verfassung sind daher auch ausführliche Bestimmungen über die Bildung einer EU-Militärmacht enthalten, die von der NATO unabhängig aktionsfähig sein soll. Die Beteiligung an der EU-Militärpolitik soll zur Pflicht der Mitgliedsstaaten werden. Militärische Missionen außerhalb des EU-Gebietes sind selbstredend "zulässig". Entscheiden darüber kann der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs - und zwar ohne Bindung an irgendein Parlament! D.h. die Frage politischer und militärischer Interventionen wird durch die Verfassung formal jeder parlamentarischen Einflussnahme entzogen.

Transparenz und Demokratie?

Von einer "Transparenz" des Verfahrens oder einem Zuwachs an Demokratie ist beim ganzen Verfassungsprojekt nichts zu finden. Auch die Volksabstimmungen in vielen EU-Ländern dürfen nicht als Ausdruck demokratischer Mitbestimmung genommen werden, sondern stellen den Versuch dar, der zukünftigen Verfassung mehr Legitimität zu geben. Hinzu kommt, dass die EU-Verfassung schon dann als angenommen gilt, wenn wenigstens 4/5 der Mitgliedsstaaten der Verfassung zustimmen. Ein "Ausscheren" einzelner kleiner Staaten hätte als keine grundsätzlichen Auswirkungen. Anders wäre es natürlich im Falle Frankreichs, einem der Kernländer und Architekten der Verfassung und des imperialistischen EU-Blocks. Die eigentliche Frage ist jedoch: Warum führt die EU-Verfassung zur Bildung und staatlichen Organen und zur Übertragung staatlicher Funktionen an die EU in einer Form, die mit einer enormen Stärkung und Machtkonzentration bei der Exekutivgewalt einhergeht?

Entgegen allen "demokratischen" Beteuerungen sind die Machtbefugnisse des EU-Parlaments minimal. Mit der EU-Verfassung werden nicht nur Schritte zur Schaffung staatlicher Organe geschaffen. Sie werden in einer Form geschaffen, welche die Dominanz der zentralen imperialistischen Mächte Deutschland und Frankreich sichern soll. Daraus erklärt sich auch, dass die reale Verfassung der EU hinter die Normen vieler etablierter bürgerlicher Demokratien zurückfallen muss, dass die Verfassung "von oben" zustande kommen muss, dass das Parlament Machtbefugnisse hat, die eher dem Reichstag im Kaiserreich als dem heutigen Bundestag entsprechen. Kompletter Unfug wäre es jedoch, daraus auf eine Machtreduzierung des deutschen Staates zu schließen. Die Redensart, dass "Deutschland" jetzt nichts mehr zu sagen hätte, dass jetzt "alles" von außen käme, geht nicht nur stillschweigend von einem gemeinschaftlichen Interesse aller in Deutschland Lebenden, unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit aus, es verkennt auch komplett den Charakter der EU. Der deutsche Imperialismus geht gerade durch die Verfassung

gestärkt hervor. Er gibt Macht an das EU-Projekt "ab", um es durch die Schaffung einer europäischen Interventionsmacht, die Stärkung der Zentralbank, durch die gemeinsame Außenpolitik, kurz: durch einen substantiellen Schritt zur Schaffung eines imperialistischen Blocks Europa unter Führung des deutschen und französischen Imperialismus vielfach zurück zu erhalten.



Die EU-Verfassung muss abgelehnt und bekämpft werden, nicht, weil die deutsche Staatsmacht dadurch schwächer, sondern weil sie und das deutsche Kapital dadurch stärker werden! Weil dadurch die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen zuungunsten der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten gefestigt werden soll; weil dadurch eine imperialistische Großmacht weiter geformt und gestärkt wird, welche die Völker der Welt ebenso bedroht wie der US-Imperialismus.

Daran würde auch das Streichen aller "neoliberalen Passagen", aller "unsozialen" Ergüsse usw. nichts ändern. Auch eine EU-Verfassung, die nur so vor sozialstaatlichen Versprechungen, "Arbeiterrechten" usw. strotzen würde, wäre eine bürgerliche Verfassung, die Verfassung eines kapitalistischen Europa, eines imperialistischen Europa mit mehr sozialer Tünche. Eine revolutionäre Antwort auf die gegenwärtige Entwicklung, auf die Formierung der imperialistischen EU kann natürlich nicht die Verteidigung der "deutschen Unabhängigkeit" oder überhaupt der nationalen Abschottung in Europa sein. Das Einreißen z.B. der Zollschranken und die weitgehende Abschaffung der Grenzkontrollen im täglichen Verkehr ist natürlich zu begrüßen. Allein im Rahmen der EU geht sie einher mit der Errichtung umso heftiger Abschottung an den Außengrenzen. Die europäischen Kapitalisten - allen voran die der ökonomisch und politisch führenden Staaten - können, wenn überhaupt, Europa nur als imperialistischen Moloch einsehen. Eine fortschrittliche, historische progressive Vereinigung Europas auf kapitalistischer Grundlage ist unmöglich. Daher ist auch das ganze Gerede von einem "sozialen, demokratischen, ökologischen usw. Europa" in dem die Frage ausgeklammert wird, welche Klasse eigentlich in diesem "anderen" Europa herrscht, gefährlich und falsch. Es wäre unter kapitalistischen Verhältnissen entweder eine leere Phrase oder ein beschönigender Ausdruck für ein sozial-imperialistisches Europa, ein Europa, wo ein Teil der Arbeiterklasse und der Mittelschichten in Form eines "partnerschaftlichen" Kompromisses auf Kosten der großen Mehrheit der Klasse und v.a. der ArbeiterInnen in den halbkolonialen Ländern in ein imperialistisches Projekt eingebunden würde.

Dem imperialistischen Europa stellen wir ein sozialistisches Europa, den Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas entgegen!

Martin Suchanek
Arbeitermacht, www.arbeitermacht.de

AUFRUF: HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI!

Globalisierung und Widerstand

2005 ist hier die Privatisierungswelle auf dem Durchmarsch, Konzernmanager verdienen immer mehr, weiter in die Armut abrutschende Stadtteile werden überwacht, die Obdachlosigkeit wächst, und es werden Suppenküchen mit langen Schlangen davor eingerichtet - das ist Neoliberalismus und Verarmung mitten im "Herzen der Bestie" - wie Che Guevara einst treffend die imperialistischen Länder bezeichnete.

Zweitausend bewaffnete Kleinbauern besetzten in der Nacht zum 1. Januar 1994 einige Landkreishauptstädte des südamerikanischen Bundesstaates Chiapas. Weltweit wurde so bekannt, dass die Zapatisten gegen das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA kämpfen und gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung. Weltweit gab es Demonstrationen und Riots wie in Seattle, Südkorea, Genua, Prag, oder Unruhen, Umstürze und Aufstände wie in Argentinien, Venezuela, Bolivien usw. Nach dem 1. Mai flammten nicht nur aus Kreuzberg Bilder von Straßenschlachten über den Bildschirm, sondern auch aus Südkorea, den Vororten von Paris, Straßbourg, London, Südafrika. Auch in der BRD hat es diese Ansätze der Linken ab Mitte der 90iger Jahre gegeben, die neue Weltordnung nach Zusammenbruch des Ostblocks und die kapitalistische Globalisierung sowie die immer weiter wachsende Macht der Konzerne zu thematisieren und anzugreifen.

Neoliberaler Sozialkahltschlag

Mit der neoliberalen Globalisierung haben die Herrschenden es nicht mehr nötig, soziale Absicherungen wie das Sozialsystem in Europa und in der BRD, verschiedene ArbeiterInnenrechte (Kündigungsschutz, Krankschreibung, etc.) oder den Zugang für die unteren Schichten zu Ärzten und Krankenhäusern aufrechtzuerhalten, um sie über diese sozialen Zugeständnisse von der Rebellion abzuhalten. Weltweit als auch hier in der BRD soll den Verarmten jetzt klargemacht werden, dass sie als Reservearmee der Wirtschaft zu dienen haben und zwar zu einem kargen Lohn ohne Absicherung und Rechte. Die Umsetzung dessen sind die neuen Hartz IV-Gesetze, nach Volkswagen-Vorstand Peter Hartz (Jahreseinkommen 2,6 Mio €) benannt, ab 2005 eingeführt.

Der Begriff "Armutsgewöhnungspauschale", so wird der auf 6 Monate befristete Mehrzuschlag für ehemalige Arbeitslosenhilfsempfänger bezeichnet, beschreibt treffend um was es der Wirtschaft und ihrer Lobby in der Politik geht: die verarmten Schichten sollen sich daran gewöhnen, nicht genug zum Leben und zuviel zum Sterben zu erhalten. Die Methode der Behörden ist es, die Menschen als SchmarotzerInnen und minderwertig dastehen zu lassen, z.B. wenn sie stundenlang in der Schlange stehen müssen. Hartz IV schafft u.a. die Möglichkeit, die Leute zu 1 € Jobs zu zwingen ohne jegliche Absicherung, also zur Zwangsarbeit. Es geht um die Zerstörung des Selbstwertgefühls der Menschen, was gleichgestellt wird mit der uneingeschränkten Verwertbarkeit für das Kapital. Das freie Wohnwahlrecht wurde ebenfalls ausgehebelt. Denn Neoliberalismus

bedeutet nichts Neues, sondern die sattsam von früher bekannte Abhängigkeit der Menschen vom Betrieb und vom Chef, sich dort anzusiedeln, wo die Zwangsarbeitsstelle ist. Ein Großteil der noch vorhandenen 220.000 Wohnungen des "Sozialen Wohnungsbaus" liegt mit dem Mietpreis von durchschnittlich 5,27 €/qm bereits jetzt deutlich über den Bemessungsgrenzen. Für ALG II EmpfängerInnen, heißt das, Wohnen nach Hartz IV bedeutet Standardverzicht.



Schon im April 2004 hat es die ersten großen Demonstrationen gegen den anstehenden Sozialkahltschlag gegeben, dann bis Januar 2005 zahlreiche Montagsdemonstrationen, wilde Streiks bei Opel, Stürmungen von Arbeitsämtern, Farbeierwürfe auf Parteibüros und PolitikerInnen - und auch Amokläufe mit Äxten oder Minen auf den Ämtern, von Menschen die keine Zukunft mehr für sich sehen. Doch für viele ist die Ernüchterung schnell eingetreten, doch nichts ändern zu können und sich ohnmächtig dem Wirtschafts- und Staatsapparat gegenüber zu sehen. Wie soll denn auch eine selbstorganisierte Arbeitslosenrunde ohne Geld und ohne Unterstützung durch die mit der Wirtschaft kuschelnden Gewerkschaften eine große Anti-Hartz-Kampagne finanzieren oder aufrecht erhalten können?

Verwaltung der Armut - Stadtteil-Controlling

Gerade in den Bezirken Neukölln und Kreuzberg, wo die Arbeitslosenquote am höchsten ist, wird spürbar, dass die Herrschenden jetzt natürlich Angst haben müssen, dass die nächsten Kämpfe nicht mehr bloß Demonstrationen gegen Hartz IV sein werden. Es kommt die Zeit in der sich die Ausgrenzten und Unterdrückten ähnlich wie in Lateinamerika um ihr Überleben sorgen müssen und auch mit Gewalt aufbegehren. Daher wird versucht mittels Ordnungsmacht und eingesetzter Kiezstreifen in den Stadtteilen, die Straßen und Plätze nach und nach unter Kontrolle zu bringen, oder über Institutionen, Bezirksparteien und lokalen Jugendintegrationsmaßnahmen eine Akzeptanz gegenüber der Polizei zu fördern. Keine Ausbildungsplätze werden geschaffen, sondern wie in diesem Jahr werden angebliche Qualifizierungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit Polizei, Bundeswehr und Security im Rahmen des "Myfest" (Projektname: "Protection 05") zum Bühnenschutz am 1. Mai angeboten. Jugendliche, die sich davon anwerben lassen, sollen gegen ihre eigenen KiezmitbewohnerInnen aufgewiegelt werden, um dann eine Ausbildungsstelle bei der Security angeboten zu bekommen.

Überwachungstechnologien

Die Erweiterung und Ausbreitung der Überwachungstechnologie wird uns von den Herrschenden als Schutz für unsere eigene Sicherheit verkauft. Die Ursachen des Abrutschens ganzer Stadtteile in die Armut (z.B. durch Hartz IV) soll nicht mehr so sozi-

algemeinschaftliches Problem begriffen werden, sondern als gesellschaftliche Normalität, die es "verwaltungs-mathematisch" - unter anderem per Überwachung - zu managen gelte.

"Damit gewinnt das proaktive Management von vermeintlichen Risikogruppen und -orten an Bedeutung gegenüber der reaktiven, auf individuellen Verdacht beruhender Strafverfolgung" (Dip.-Pol. Töpfer, TU Berlin, am Institut für Kriminologische Sozialforschung Hamburg).

Die Einführung EU-einheitlicher Pässe mit Speicherung biometrischer Daten, Anlegen von EU-weiten DNA-Karteien, Maut zur Verkehrsüberwachung, digitale Unterschriften, Verabschiedung neuer Gesetze zur weitreichenden Überwachung von Telefon und E-Mails, sind nur einige der sogenannten "Sicherheitsmaßnahmen". Videoüberwachung wird zwar von vielen wahrgenommen, doch die meisten Kameras sind für die Menschen nicht erkennbar. So hat die öffentliche Berliner Wohnungsbau-gesellschaft HOWOGE (eine Fusion mehrerer Wohnungsbaugesellschaften) laut Mieterecho vom Februar 2005 die Videoüberwachung ganzer Wohnanlagen eingeführt. Im Fahrstuhl, auf der Treppe, in den Zwischengängen oder am Briefkasten wird der/die MieterIn von der Kamera begleitet und ein Hauswartin-dienst verfolgt dies permanent auf Monitoren mit und weiß somit alles über die BewohnerInnen. Einer starken Hausgemeinschaft wird somit natürlich ebenfalls entgegengewirkt. Dies ist nur ein Beispiel flächendeckender Überwachung, wie sie auch in Neukölln und Kreuzberg an Brennpunkten praktiziert wird.

Die herbeihalluzinierte terroristische Bedrohung dient dazu Gesetze auszuweiten, die dann bei inflationärem Gebrauch auf alle angewandt werden können. So wird mittlerweile per §129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) - wie kürzlich in Hamburg - das Einreißen eines Bauzaunes zum terroristischen Akt. Nachdem dort zahlreiche AnwohnerInnen gegen den Bau eines Bonzenhotels in einem der wenigen Parks im Stadtteil protestierten und es zu Aktionen des zivilen Ungehorsams kam, wurden zahlreiche Wohngemeinschaften per §129a kurzerhand durchsucht.

Auch werden seit Anfang März die "Sicherheitsmaßnahmen" gegen sog. "Sozialschmarotzer" erhöht, indem Bankkonten nun per Gesetz für alle Behörden einsehbar sind, um Menschen zu belangen, die dem Staat Bafög oder gar einmalige Beihilfen abgezogen haben könnten. Hingegen kommen gleichzeitig die reichen "Steuersünder", die Angaben dazu machen, ob sie einen Teil der Milliarden-Beträge an nichtgezahlten Steuern in der Schweiz auf Konten zwischengelagert haben, mit einer Amnestie (Straffreiheit) davon.

Ganze 2% der reichen deutschen Schwarzgeld- und Steuerflüchtlinge nahmen dies wahr, so sicher fühlen sie sich. Dies ist auch nicht verwunderlich, schließlich war Eichel der erste, der aufschrie, als ein Schweizer Finanzbeamter dem süddeutschen Zoll eine Com-puter-Datei zuspielte, wo Hunderte deutsche Schwarzgeld-Konten mit über 50 Milliarden aufgeführt waren. Plötzlich wurde von missbräuchlicher Datenerfassung schwadroniert und die Of-

ferte regierungsamtlich zurückgewiesen. Wahrscheinlich hätte es eine Staatskrise ausgelöst.

Zur "Sicherheit" der europäischen Länder beschloss der EU-Rat in Thessaloniki im Juni 2003 ein einheitliches Visa-Vergabesystem einzuführen. Hierbei sollen biometrische Daten (obligatorisches Lichtbild, Speicherung auf kontaklosem Chip von einem digitalen Gesichtsbild sowie elektronische Fingerabdrücke) erfasst und in einem zentralen Visainformationssystem (VIS) aufgenommen werden. Auch das Schengen-Infosystem (SIS), in dem Flüchtlinge, Asylsuchende, MigrantInnen usw. gespeichert sind, soll demnach erweitert werden und mit VIS gekoppelt werden. Die Einführung wurde auf 2005 vorgezogen. Was jetzt als Visa-Affäre des Grünen Frontmannes Joseph Fischers bezeichnet wird, dient der Umsetzung aller Maßnahmen bis 2007 und ist ebenfalls eine Steilvorlage für Otto Schilys Pläne zur Einführung der Aufnahme biometrischer Daten in allen EU-Pässen.

Dann können wir uns schon denken, dass es nur noch eine Frage der Zeit sein wird, bis es am 1. Mai elektronische Schranken um Kreuzberg herum gibt, damit die Myfest-Zone nur von Menschen mit den richtigen Daten im elektronischen Ausweis und nach vorherigem Iris-Scan betreten wird, und nicht - wie bereits jetzt schon betrieben - die aktive Bespitzelung durch Zivilbeamte vor Wohnungen und Häusern von vermeintlichen 1. Mai-AktivistInnen der Abschreckung dienen muß.

Vorbild all dieser Einführungen in Europa und in der BRD ist hierbei sicherlich auch die USA, die im Rahmen des Patriot Act I + II nach besagtem 11. September, biometrische Daten in allen Ausweisen weltweit fordert und Festnahmen ohne Begründungen sowie das Ausrufen des Notzustandes in den einzelnen Bundesländern als demokratischen Standard ansieht.

Terrorfeldzug

Am 20. März jährte sich zum 2. mal der Angriff durch die USA auf den Irak. Der Irak wurde angegriffen, um endlich das Öl unter US-Kontrolle zu bringen, und weil Bush und seine Konzerne die neue Weltordnung mit brachialer Gewalt zur weltweiten Machtsicherung der USA durchsetzen will. Dieser Übermacht von Kriegsgerät und Clusterbomben steht die Bevölkerung gegenüber, die sich gegen die Besatzung im Widerstand organisiert. Die Guerilla-Taktik ist weltweit ein Instrument der Unterdrückten und derjenigen, die nicht die Mittel und Finanzen der Herrschenden und ihrer Großkonzerne besitzen. Wie auch die Wahlen in den USA zeigen, haben nicht alle ungehinderten Zugang zu den Wahlen. Manipulationen und Werbekampagnen von Großkonzernen sind normal. Im Irak hat es die totale Wahlmanipulation gegeben, anders als im Vaterland USA lassen sich einzelne irakische Politiker und Parteien schon mit viel weniger Geld oder auch nur



Geschichte des Kreuzberger 1. Mai

18 Jahre Widerstand in Berlin-Kreuzberg, denn es gibt keine Alternative zur Revolution.

Der Ursprung des Revolutionären 1. Mai in Kreuzberg und die Tradition der seit 1988 von der autonomen Linken organisierten revolutionären 1. Mai-Demos entstammt dem Kreuzberger Aufstand vom 1. Mai 1987. Die Initiative für die erste eigenständige revolutionäre 1. Mai Demo aus dem Stadtteil heraus (abends organisiert von der Plattform autonomer und antiimperialistischer Gruppen) ist jedoch nicht allein auf die Ereignisse am 1. Mai 1987 zurückzuführen, sondern hatte einen organisatorischen Vorlauf.



In den Jahren 1986 und 1987 hat sich am 1. Mai auf der vom DGB veranstalteten 1. Mai Demo jeweils ein internationalistischer schwarz-roter „Betroffenblock“ formiert, der sich zum Ziel setzte, Themen wie Mietwucher, Spekulantentum, Sklavenarbeit (Zeitarbeitsfirmen) und die schlechten Lebensbedingungen von ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlingen zu thematisieren und gegebenenfalls auf der Abschluß-Kundgebung von der Bühne aus zu erzwingen. Die reaktionäre Berliner DGB-Führung war dazu nicht bereit, stattdessen warteten 2 Hundertschaften Polizei 1986 am Reichstag beim Eintreffen der Demozüge auf den „Betroffenblock“ (1500 TeilnehmerInnen), um ihn von der Abschlusskundgebung abzudrängen.

Es kam zu massiven Knüppelinsätzen, wobei nicht wenige BasisgewerkschafterInnen sich mit uns solidarisierten und die Bullen sich aus der Kundgebung zurückziehen mussten. DGB-Chef Pagels bedankte

sich für den Polizeieinsatz und ließ die Bühne von Ordern und Polizei besetzen und abriegeln. Gegen die tausendfachen "Lügner raus!"-Rufe kamen sie aber nicht an, und die Lobhudelei auf Sozialpartnerschaft mit dem Kapital wurde vorzeitig beendet.

1987 wurde der „Betroffenblock“ mehrmals während der Demo vom Bullenspalier attackiert und als die DGB-Bonzen wieder gegen den Klassenkampf weterten, und die pompösen 750 Jahr-Feiern Berlins huldigten, verließen wir lautstark die Kundgebung um uns auf den Weg nach Kreuzberg zum damals unabhängigen und nur von Basisinitiativen getragenen 1. Mai-Stadtteilfest zu begeben. Gerade die Arroganz der vom Senat ausgerichteten Feiern zum 750. Jahrestag von Berlin unter Ihresgleichen hatte schon vor dem 1. Mai viel Unmut in den Stadtteilen ausgelöst, zu einem Zeitpunkt, wo 30.000 Jugendliche ohne Ausbildung blieben und der Senat die Winterhilfe (Kohlengeld) für die SozialhilfempfängerInnen zusammenstrich. Da war am 1. Mai die Durchsuchung des Mehringhofes (Volkszählungsboykottbüro) in der Tat ein willkommenes Anlaß die die Rebellion auf der Straße zu suchen. Die an diesem Tag erkämpfte Vertreibung der Bullen aus SO 36 und die Verteidigung von errichteten Barrikaden an den Einfallsstraßen wurde dank tatkräftiger Mithilfe der BewohnerInnen bis ca. 5 Uhr morgens aufrecht erhalten. Der koordinierte Rückzug der Militanten war schließlich ausschlaggebend für das Wiedereintrücken der Ordnungsmacht, und nicht die polizeiliche Rück-eroberung.

Immerhin sah sich der Berliner Senat nach den damaligen Riots gezwungen, umfangreiche staatlich finanzierte Programme aufzulegen, wie z.B. das 501-Programm, bei dem arbeitslose Jugendliche sich ihren Arbeits- und Ausbildungsplatz noch selbst auswählen

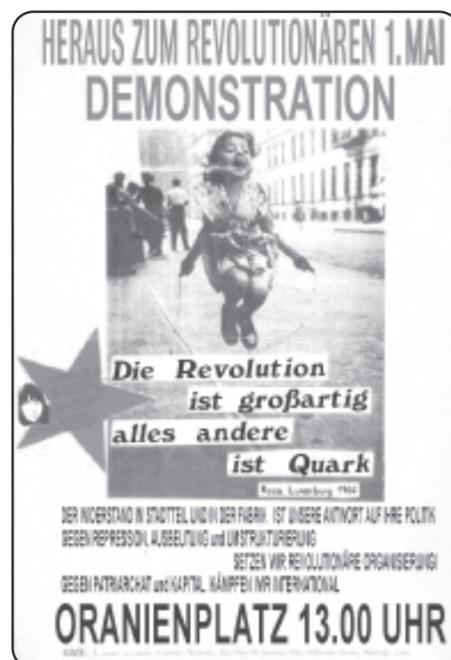
konnten. Neben den Jugendlichen, die zum ersten Mal eine Chance sahen, in Ausbildung zu kommen, konnten aber auch viele davon profitieren, die nicht unbedingt zur proletarischen ausgebeuteten Klasse gehörten sondern zur Szene. Vor allem die arbeitslosen Jugendlichen aus ImmigrantInnenkreisen als auch deutsche Jugendliche aus proletarischen Familien hatten dann das Nachsehen, weil sie nicht über die entsprechende Connection zur Alternativ-Szene verfügten, die über die Verteilung der Geldtöpfe Einfluß ausüben konnte.

Die darauf folgenden revolutionären 1. Mai Demos bestätigten der autonomen Linken, dass es richtig ist, die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse da

am 1. Mai auf die Straße zu tragen, wo die Menschen von der gesellschaftlichen Ausgrenzung und sozialer Armut unmittelbar betroffen sind, und ihnen der Raum gegeben wird, ihre Wut als auch das Bedürfnis nach Veränderung durch soziale und politische Forderungen auf die Straße zu tragen. Wer/welche heute die wöchentlichen medienträftig inszenierten Gala-Events der Reichen am Potsdamer Platz verfolgt (übrigens zu 80% aus Steuergeldern, dank selbsteingeladener SenatorInnen-Riege), während Arbeitslose in den Ämtern um jeden Cent ringen müssen, der/die kommt unweigerlich zum Schluß, dass die Herrschenden, egal welchem Parteienfilz sie angehören, auch zum 18. Jahrestag des Revolutionären 1. Mai nichts, aber auch gar nichts gelernt haben.

Der DGB ist auch im Jahr 2005 kein Bezugspunkt der radikalen Linken, weil er nicht die Interessen der Menschen vertritt, die von Ausbeutung, Ausgrenzung und Zwangsarbeit stranguliert sind, geschweige denn, bereit ist, ihnen Rederecht zu zugestehen, um sich seiner staatstragenden Rolle immer wieder von Neuem zu vergewissern. Die Hartz-Gesetze hat der DGB maßgeblich mitgestaltet, und selbst dann als seine eigenen keine Berücksichtigung fanden, verweigerte er bundesweit Anti-Hartz-Protesten die Unterstützung. Nicht einmal die StreikaktivistInnen der Opelaner wurden zu den diesjährigen Maikundgebungen des DGB eingeladen. Der Revolutionäre 1. Mai war den jeweils machtausübenden Parteien des Berliner Senats von Anfang an immer ein Dorn im Auge. Das hat damit zu tun, dass sich die OrganisatorInnen der Demo immer als unabhängig verstanden und sich nicht durch Parteien vereinnahmen ließen.

Diese Erfahrung musste 1989 der rot-grüne Senat machen, als insbesondere die Grünen glaubten, durch die Verteilung von Projekten an ihnen nahestehende Mittelschichts-Klientel, die Umstrukturierung und die sog. Durchmischung des Stadtteiles ("Yuppiesierung") zu forcieren. Von der damals von Tausenden erhobenen Forderung nach Zusammenlegung der RAF-Gefangenen, während des Hungerstreiks, wollten sie,



ES GIBT NICHTS ZU FEIERN - AUßER DIE REVOLUTION!

Versprechungen abspesen, was aber durch beschönigende TV-Berichte weitgehendst ausgeblendet werden kann. Die Durchführung "demokratischer" Wahlen im Irak, auch wenn nur ein Drittel der Bevölkerung im Irak überhaupt zugelassen war, stellt für die USA und ihre Verbündeten die Legitimation ihrer fortdauernden Besetzung dar. So kann nun auch die BRD, die sich vorher mit Fischer und Schröder als Friedensengel darstellen wollte, offiziell mitmischen, getreu dem Motto "Deutsche Waffen, Deutsches Geld - morden mit in aller Welt!". Die Bundeswehr und deutsche Sicherheitsbeamte bilden für den Irak zusammen mit amerikanischen Sicherheitsbeamten Soldaten und Bullen aus.

Ein Plan der USA ist es, wie bereits Bush junior in seiner Brandrede nach dem 11. September in seinem Wahn vom weltweiten Krieg deutlich machte, alle Feinde der "freien Welt" - also der Welt der Großkonzerne und ihrer Handlanger in der Politik - gegeneinander aufzuhetzen, d.h. die Mittelschicht gegen die Unterschicht, die Schiiten gegen die Sunniten, die Muslims gegen die Christen, die Iraker gegen andere Araber usw., damit sich alle gegeneinander bekämpfen und kein einheitlicher Widerstand entstehen kann.

Und der Terrorfeldzug Bushs ist noch nicht am Ende, im Visier stehen die sog. "Schurkenstaaten" Nordkorea, Iran, Syrien und Kuba. Wenn im Schatten des Nah-Ost-Krieges in Lateinamerika, also im Hinterhof der USA, US-treue Regierungen gestürzt werden, weil die Bevölkerung den Dollar und die neoliberalen Wirtschaftsabkommen a la NAFTA nicht mehr mitmachen will, dann werden sie kurzerhand auf diese Liste der missliebigen Staaten gesetzt. International bedeutet der Widerstand im Irak für diese Länder Aufschub für eine US-amerikanische Intervention. Wichtig ist es daher weltweit für proletarischen Internationalismus einzustehen und den Widerstand lokal wie global, egal wie fremd er uns ist, oder wie ungewohnt uns die Kultur der Anderen fernab von Europa erscheinen mag, zu unterstützen. Wir müssen ihn als EINEN gemeinsamen Widerstand gegen die neue Weltordnung, gegen das Empire bzw. die kapitalistische Globalisierung begreifen.

Neue Weltordnung

"Der Westen versucht und wird weiter versuchen, seine Vormachtstellung zu behaupten und seine Interessen dadurch zu verteidigen, dass er diese Interessen als Interessen der "Weltgemeinschaft" definiert." Zitat aus dem Buch "Kampf der Kulturen, von Samuel P. Huntington, gehört zum führenden "Think Tank" des US-Außenministeriums.

Als Instrumente zur Durchsetzung der Interessen werden Institutionen wie IWF, UNO und NATO benannt. Das kapitalistische und imperialistische Interesse der USA und der europäischen Regierungen wird zur notwendigen Durchsetzung einer "überlegenen Kultur", die sich durch angebliche Freiheit, Demokratie und Menschenrechte definiert und den Kampf gegen "terroristische", "barbarische" und "unzivilisierte" Kulturen aufnehmen müsse. Feindbild soll in den Medien der Herrschenden nicht unbedingt der Kommunismus sein, sondern "fremde Kulturen", damit ideologische Kampflinien ausgeblendet

werden. Durch die Identifikation mit seinem "Kulturkreis, der sich bei Bedrohung gegen einen anderen behaupten müsse, soll dem internationalen und sozialen Protest und Widerstand gegen die Ausbeutung durch globale Wirtschaftsmächte das Wasser abgegraben werden. Denn letzteres stellt für die Herrschenden eine Gefahr für die Sicherung ihrer Macht dar. Die Zerschlagung oder Zersplitterung eines internationalistischen Klassenbewusstseins ist ihre Strategie. Wo früher nationalistiche Identifikationen ausreichten, müssen heute kulturelle her, da im Zuge des wachsenden "Empire" (O-Ton Huntington) regionale Konflikte innerhalb eines "Kulturkreises" - gemeint sind hier die imperialisti-



schen Kernländer - nicht förderlich sind. Denn für die Herrschenden sind militärische Bündnisse notwendig, um ihre imperialistischen Interessen weltweit durchzusetzen. Die angebliche Bedrohung von "außen" soll der Legitimation weiterer Unterdrückungsmaßnahmen "im Inneren" dienen. So sind im Zuge der neuen Bushkriege in Afghanistan und Irak im Rahmen von "Patriot Act I" Gesetze erlassen worden, um verdachtsunabhängige Hausdurchsuchungen durchzuführen oder Menschen für bis zu einem halben Jahr ohne Angabe von Gründen einzuknasteten und somit foltern zu können. Die kommende Erweiterung Patriot Act II soll darüber hinaus die Todesstrafe ohne Angabe von Gründen ermöglichen. Die Verhängung von Ausnahmeständen in den einzelnen Staaten der USA ist jetzt gängige Praxis, die Menschen sollen sich an eine ständige Bedrohung der "westlichen Kultur" durch unsichtbare barbarische Mächte gewöhnen. Der berühmte Rote Knopf zum Auslösen von Atombomben, wie wir ihn aus antikommunistischen Hollywood-Filmen aus der Zeit des Kalten Krieges kennen, ist nicht mehr nötig.

Global denken - lokal handeln 1. Mai in Kreuzberg

Der 1. Mai ist weltweit Kampftag der Unterdrückten. Nachdem die kämpfende ArbeiterInnenklasse der 20er Jahre - zu der schon damals die Arbeitslosenbewegung gehörte - die 1. Mai Demonstrationen in Deutschland durchsetzte, wurde von SPD-Regierungen auf sie geschossen, die Faschisten haben die 1. Mai Demonstrationen verboten und zum "Feiertag" gemacht.

In den 60iger Jahren waren es nicht nur die schon damals auf Staatskurs und Sozialpartnerschaft getrimmten DGB-Gewerkschaften, die lediglich für ein paar Prozente mehr oder weniger Lohn demonstrierten, sondern vor allem die 68iger Bewegung, die revolutionäre und außerparlamentarische 1. Mai Demonstrationen in Tradition des 1. Mai als Kampftag der Ausgebeuteten organisierte, wo es wie in Frankreich oder anderswo zu Straßenschlachten bis hin zur Staatskrise kam. 1968 setzte der französische Staat jedoch nicht nur auf den Gummiknüppel, Tränengas und Repression sondern rief via Massenmedien nach mehreren Tagen Besetzung

des StudentInnenviertels die französischen BeamtInnen und BürgerInnen aus den reichen und Mittelschichtsbezirken zu einer großen Gegen-demonstration gegen die StudentInnen und streikenden ArbeiterInnen auf, um ihnen zu zeigen, dass sie isoliert seien, und daß der weitere Kampf nichts bringen würde. Versuche, den Widerstand zu isolieren, gab es auch hier immer wieder.

Seit 18 Jahren gibt es die Revolutionäre 1. Mai Demonstration in Berlin-Kreuzberg - zu ihr wurde das erste mal ein Jahr nach dem Kreuzberger Aufstand von 1987 von zahlreichen autonomen, linksradikalen und antiimperialistischen sowie internationalistischen Gruppen mobilisiert. Mit zahlreichen Methoden versuchten die jeweiligen Regierungen von konservativ bis hin zu alternativ-grün die Revolutionäre 1. Mai Demonstration zu verhindern, mit Repression und Gewalt zu überziehen, zu verbieten, oder Teile der OrganisatorInnen in zivilgesellschaftliche Projekte einzubinden, um so die radikale Linke und die MigrantInnen im Stadtteil zu isolieren. Doch verschiedene Innensenator stolperten bisweilen über die Mai-Steine. Ein Totalverbot der Demonstration durch Innensenator Werthebach (CDU) im Jahre 2001 sorgte eher dafür, dass die Kiezbevölkerung, die Linke und die aus anderen Stadtteilen kommenden DemonstrantInnen zusammenhielten, um der Polizeibesetzung und dem Demoverbot gemeinsamen Widerstand entgegenzusetzen. Da brachte auch das zeitgleich in einem anderen Kiezareal organisierte Polizeifeiertag mit Sprayerwänden für Jugendliche nichts.

Der neue Senat und sein Staatsschutz geht da schon schlauer an die Sache. Analysiert wurde, daß der Mythos Kreuzberg nur zu knacken ist, wenn die Stadtteilbevölkerung von der Demonstration isoliert wird bzw. ein BürgerInnenfest ("Myfest") durchgeführt wird, um eine Demonstration in Kreuzberg zu blockieren bzw. um zu versuchen, angepasste BürgerInnen gegen die Demo zu mobilisieren.

Das Myfest in diesem Jahr wird organisiert vom Bezirksamt in Zusammenarbeit mit dem Senat, SPD, Grüne, CDU, PDS, Polizei, Sicherheitsdiensten und einigen Integrationsprojekten sowie dubiosen Wirtschaftsinitiativen. Lokale Initiativen und Projekte, denen für den 1. Mai Geld vom Senat versprochen wird, sollen mit eingebunden werden. Gemeinsames Ziel ist nach Polizeivorgaben Demo-

routen und Abschlusskundgebungen im Kiez durch Bühnen u.ä. zu blockieren um so formaljuristische Verbote begründen zu können. Dafür macht dann der Senat und Bezirk schnell mal 300.000 Euro locker. Während 150 von 200 Kinderläden in Kreuzberg dichtgemacht werden, parteiunabhängige alternative Jugendeinrichtungen Gelder gekürzt bekommen, oder missliebige linke Hausprojekte gleich ganz geräumt werden sollen, soll es jetzt also Geld einmal im Jahr am 1. Mai geben, wenn sich Initiativen und Projekte gegen die Kiezbevölkerung, die ausgegrenzten Jugendlichen und die Revolutionäre 1. Mai Demonstration einbinden lassen.

Zusammen kämpfen!

Bewusst muß uns sein, dass global wie lokal es die Herrschenden von Wirtschaft und Regierung sowie ihre Handlanger bis in die Bezirke und Straßenzüge hinein sind, die ihre kulturrassistische Hetze gegen den kollektiven Widerstand durchsetzen wollen, zum Beispiel indem sie versuchen, linksradikale Zusammenhänge in inhaltseilere und überflüssige Diskussionen zu verwickeln, um uns vom gemeinsamen Widerstand abzuhalten. Nicht nur am 1. Mai dürfen wir, die Ausgegrenzten, die Linken, die Autonomen, Punks, MigrantInnen, AraberInnen, TürkInnen, Deutsche, Alternative, Friedliche und Militante, Alte und Junge, uns nicht gegenseitig auspielen lassen, und uns durch ihr Befriedigungskonzept die Straße nehmen lassen. Es ist auch wichtig, daß wir als Ausgebeutete, Unterdrückte und Ausgegrenzte eine gemeinsame Debatte darüber finden, wie wir gesellschaftlich relevanten Widerstand sichtbar machen.

Denn der gemeinsame Widerstand am 1. Mai bedeutet eine solidarische Organisation von unten. Wenn wir lokal radikalen Widerstand gegen ihre Ausbeutung leisten, sind wir Teil des globalen Widerstands am 1. Mai, dem Revolutionären Kampftag der Unterdrückten.

**Krieg dem imperialistischen Krieg!
Kampf dem Kapitalismus!
Der Kampf um Befreiung ist international!
Heraus zum Revolutionären 1. Mai!**

Linksradikales und Autonomes
1. Mai Bündnis
Infos: www.myfest.tk



Agitprop, Straßenfest für die Freiheit der 1. Mai Gefangenen, August 2004 in der O-Straße, Kreuzberg

Demonstration für RAF-Häftlinge
12.000 zogen durch Bonn / Polizei setzte Sonderreinheiten ein
Bonn (Reuters) Der Bonner Polizeibehörde sind 12.000 Demonstranten bei einer Demonstration für die Freilassung von RAF-Häftlingen in Bonn zu sehen. Die Revolutionäre 1. Mai Demo in Kreuzberg war dann mit ca. 10.000 Menschen größer als erwartet und die Autonome Linke machte klar, dass es nicht um eine Reformierung des Systems geht, sondern der Kapitalismus grundsätzlich bekämpft werden muß. Dies wurde unter Beweis gestellt durch eine Vielzahl von direkten Aktionen gegen z.B. Banken, Spielhöhlen, Sexshops und Zeitarbeitsfirmen.

Anfang der 90iger entfachte Rot-Grün dann eine beispielelose Hetzkampagne gegen die Autonomen als auch gegen das Lausitzer-Platz-Fest, wo sich die Autonomen eingeklinkt hatten. Auch der nationalistische Deutschland-Wahn seit Mauerfall zeichnete sich bereits ab, daher kam z.B. 1990 das Motto zustande: "Lieber raus auf die Straße als heim ins Reich!". Erstmals verbot der Bezirksbürgermeister das geplante internationalistische 1. Mai-Fest, welches aber am Görli trotz Verbots durchgesetzt wurde. Dementsprechend waren dann die Angriffe auf das Fest von besonderer Brutalität durch die Bullen. Die darauffolgenden 1. Mai Demos waren angesichts der Progrome, wie z.B. Hoyerswerda, Rostock, usw. inhaltlich davon bestimmt, aktive antifaschistische und antirassistische Gegenwehr gegen die Faschisierung aufzubauen. Ab Mitte der 90iger waren die 1. Mai Demos geprägt durch die Themen Kaindl/Komitee, Kurdistan, Verhaftung Öcalan, Angriffskrieg der BRD gegen Jugoslawien, etc.

Inzwischen führte die Ausdifferenzierung der Scene teils zu überbrückbaren ideologischen Unterschieden in der Ausrichtung, wie z.B. Ost/West-Gegensatz, internationalistisch/antifaschistisch, dogmatisch-undogmatisch, was praktisch getrennte Revolutionäre 1. Mai Demos zur Folge hatte.

Der trotzdem stattfindende Versuch die unterschiedlichen Demos in Kreuzberg und Prenzlauer Berg zusammenzuführen, wurde 1996 von den Bullen beim Eintreffen der Kreuzberger Demo vor dem Rosa-

Luxemburg-Platz mittels brutaler Angriffe vereitelt. 1999 fanden dann angesichts des NATO-Krieges gegen Jugoslawien mit erstmals seit 1945 aktiver Beteiligung der Bundeswehr und der anhaltenden Kurdenverfolgung in Deutschland, die unterschiedlichen Strömungen der autonomen Linken wieder zu einer gemeinsamen Mobilisierung zum Revolutionären 1. Mai in Kreuzberg zusammen. Die Demonstration 18 Uhr O-Platz war mit 15.000 TeilnehmerInnen bislang am größten. Die Vereinigung und das Zusammenwirken unter dem Motto "Zusammen kämpfen!" war dem Senat solch ein Dorn im Auge, dass sie die Demo kurz vor Eintreffen zur Abschlusskundgebung mittels brachialer Gewalt, die zu Schwerverletzten führte, zerschlug.

Im Jahr 2000 war die traditionelle Revolutionäre 1. Mai Demo erstmals einem Teilverbot unterlegen, weil sie als Ziel das Machtzentrum ("Imperialistische Zentren angreifen!") in der Neuen Berliner Mitte anstrebte. 2001 wurde dann unter Innensenator Werthebach (CDU-SPD-Senat) erstmals ein Totalverbot für die Revolutionäre 1. Mai Demo ausgesprochen, während eine Nazi-Demo genehmigt wurde. Die Folge davon war ein flächendeckender Riot in ganz Kreuzberg, als auch ein Zusammenwirken der unterschiedlichsten Linken und der Bevölkerung gegen die Besetzung Kreuzbergs.

2002-2004 gab es ebenfalls wieder gemeinsame Demos in Kreuzberg in der ein oder anderen Zusammensetzung, als zivilgesellschaftliche Spaltungsmaßnahmen scheiterten, u.a. war der Irak-Krieg Thema.



Wie der 1. Mai entstand...

Entstanden ist der 1. Mai im internationalen Kampf für den 8-Stundentag. Die sozialistische ArbeiterInnenbewegung begründete den 1. Mai als Kampftag 1886 in Chicago. Von dort aus kam die Idee auch nach Europa. Seit dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 gilt der 1. Mai als Demonstrationstag und Feiertag der ArbeiterInnenbewegung. Anfang des 20. Jahrhunderts war der 1. Mai explizit ein Kampftag der proletarischen Bewegung mit militanten Demonstrationen, Streiks und blutigen Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen und Staat und Kapital. Denn schon von Anfang an versuchten die Herrschenden, den 1. Mai zu bekämpfen, zu zerschlagen oder für die eigenen Zwecke zu entstellen. So wurde der 1. Mai 1933 von den Nationalsozialisten zum staatlichen Feiertag erklärt. Dies gehörte zum Versuch der Nazis, den Widerspruch von Kapital und Arbeit durch die Ideologie einer Volksgemeinschaft zu verschleiern. Auch nach dem 2. Weltkrieg wurde der 1. Mai von den Herrschenden im Kalten Krieg instrumentalisiert. So waren kommunistische Demonstrationen verboten; stattdessen fanden sog. Freiheitskundgebungen in Westberlin vor dem Reichstag statt, auf denen Mitglieder der Regierung ihre Propaganda verkündeten. Diese Veranstaltungen hatten sinkende Teilnehmerzahlen zu verbuchen. Am 1. Mai 1968 hatte ein sozialistisches Mai-Komitee zu einer Demo unter dem Motto "Klassenkampf statt Volksgemeinschaft" aufgerufen, zu der etwa 20.000 Menschen auf die Straße gingen. Seit 1970 veranstaltet auch der DGB jeweils eigene 1. Mai-Feiern, die einen eher reformistischen und prokapitalistischen Charakter haben. Seit 1987 gibt es in Westberlin und in anderen Städten wieder eine kämpferische 1. Mai-Tradition, die sich auch nach dem Anschluss der Deutschen Demokratischen Republik an die BRD als revolutionärer 1. Mai bis heute fortsetzt. Auch in Nürnberg, Dessau und anderen Städten gibt es seit über 10 Jahren eine revolutionäre 1. Mai Demonstration. In jüngster Zeit versucht jedoch auch der Neonazismus verstärkt, den 1. Mai für sich zu beanspruchen. Mit platten Slogans wie "Arbeit zuerst für Deutsche" wollen Rechtsextreme den 1. Mai instrumentalisieren. Dennoch hat der 1. Mai in seiner langen und wechselhaften Geschichte niemals seine Bedeutung für die ArbeiterInnen verloren.

Das Myfest

Wie die 1. Mai-Demo in Kreuzberg verhindert werden soll

Im Jahre 2002 versuchte am 1. Mai ein Personenbündnis aus Vertretern diverser Parteien unter der Federführung einer von FU-Professor Grottian initiierten Befriedigungsinitiative für den 1. Mai in Kreuzberg "Farbe zu bekennen". Mittels zivilgesellschaftlicher Konfliktbewältigung (die öffentlich als Reopolisierung des 1. Mai verkauft wurde) sollte im Dialog mit den Herrschenden den Parteien wieder ein öffentlichkeitswirksamer Zutritt am 1. Mai in Kreuzberg geobnet werden. Die Autonome Szene und viele BewohnerInnen aus dem Stadtteil lehnten das Konzept ab, weil es über ihre Köpfe hinweg ausgefüllt wurde. Das wurde deutlich bei einer Informationsveranstaltung, bei der sich Innensenator Körtig zusammen mit anderen Rednern der Befriedigungsinitiative als Friedensengel darstellte. Gezscheitert war das Konzept aber auch, weil die Polizei nicht bereit war auf ihre martialische Präsenz im Kiez zu verzichten, was die Grottian-Initiative (polizeifreie Zone) als Zugeständnis aushandeln wollte, um Provokationen vorzubeugen.

Im Jahr 2003 arbeitete dann die Polizei (LKA) ein eigenes Konzept aus, was sie eng mit dem Bezirksamt von Kreuzberg abstimmt. Dazu wurde dann das vormals von der Polizei und Sportvereinen im Bergmannkiez organisierte (schlecht besuchte) Fest mit der vom Bezirk finanziell (150.000€) ausgestatteten "Myfest"-Initiative reorganisiert und nach SO 36 verlegt. In Erscheinung treten jetzt verstärkt Bezirksamtsverantwortliche, deren Aufgaben u.a. waren: Festorganisation, Einbindung kommerzieller Veranstalter, Organisation von Fußballspielen mittels Auslobung von Preisen, Einladung musikalischer Größen aus der Türkei und Deutschland, Absperrung der Straßen mittels Security.

Auch das Quartiersmanagement wurde mit verschiedenen Aufgaben betraut. Jugend- und Sozialarbeiter sollten mit eigenen Veranstaltungen am 1. Mai die Jugendlichen von den Revolutionären 1. Mai Demos abhalten. Sie wurden auch dazu angehalten, Jugendcliquen der Polizei zu melden, wenn diese sich unkontrolliert von den Clubs entfernen. Vom Bezirksamt wurde eine Interessensgemeinschaft „IG Oranienstraße“, die presseamtlich möglichst oft in Erscheinung treten sollte, um den "Bürgersinn" zu stärken. Ihre Einladungen waren aber nie mehr als 10-15 Leute

•Fortsetzung, nächste Seite

• Fortsetzung von Seite 5

Das Myfest als Befriedungsinitiative

gefolgt, von ca. 130 GeschäftsinhaberInnen im Kiez. Die Sprecherin der „IG Oranienstraße“ Silke Fischer wurde vom Bezirksamt dazu abgestellt, diese Klientel zu betreuen. Obwohl die Revolutionäre 1. Mai Demo 2003 ohne Zwischenfälle durch Kreuzberg verlief, machte S. Fischer sie für die abendlichen Riots verantwortlich: die Demo wür-de erst das ganze Protest- und somit „Unruhe“-Potential nach Kreuzberg bringen, was ein Verbot nötig mache.

Die Grottian-Intiative beteiligte sich nicht mehr an dem Konzept, weil Ursachen, wie Arbeitslosigkeit, soziale Stigmatisierung und Ausgrenzung nicht benannt wurden und auch keine Problemlösungen für die Menschen angegangen werden würden.

Im Jahr 2004 haben dann die Myfest OrganisatorInnen entgültig ihre Masken abgestreift. Sie funktionierten offen als Sprachrohr des Innensenators und der Polizei. Der Innensenat übernahm aus seinem Etat einen Teil der Kosten für die Organisation des "Myfest". Der andere Teil wurde vom Bezirksamt unter Mitwirkung der Bezirksbürgermeisterin Reinauer aus Haushaltsmitteln bereitgestellt, insgesamt 200.000 €. Vorab war man sich in den polizeinternen Runden (Polizei, Bezirksamt, Myfest) soweit einig, dass ein anvisiertes Teilverbot der Revolutionären 1. Mai Demo bzw. ein Verbot der Demoroute durch Kreuzberg juristisch nur dann durchzusetzen ist, wenn die Myfest-OrganisatorInnen dies selbst unter dem Deckmantel einer bezirksamtlich ausgewiesenen Veranstaltung einfordern. Dem kam das Myfest auch sofort nach. Die Revolutionäre 1. Mai Demo ausgehend vom Leipziger Platz musste deshalb am Kottbusser Tor enden, die Polizei versperrte mit quergestellten Wannern den Abzug der TeilnehmerInnen in den Kiez.

Umfragen unsererseits ergaben, dass verschiedene Projekte, die sich am „Myfest“ beteiligten, empört darüber waren, als sie erfuhren, dass ihr kultureller und musikalischer Beitrag von den „Myfest“-OrganisatorInnen dazu missbraucht wurde, um in der Öffentlichkeit das von der Polizei ausgesprochene Teilverbot zu rechtfertigen und damit das Demonstrationsrecht außer Kraft zu setzen. Im Gegensatz zum Myfest haben auch die VeranstalterInnen des Mariannenplatzfestes stets betont, sich nicht von der Polizei ausspielen lassen zu wollen.

Das Quartiersmanagement und der Verein KOTTI e.V. am Kottbusser Tor, die das Myfest zusammen mit dem Bezirksamt koordinieren, waren schon in der Vergangenheit äußerst fragwürdig in ihrem Umgang mit dem ihnen aus Steuermitteln gewährten Geld (1 Mio €). So wurden grössere Geldsummen zur Finanzierung von Sicherheitsdiensten am NKZ ausgegeben, wie auch rechte Moschee-Vereine großzügig unterstützt, oder die rechtskonservative türkische Gemeindevertretung. Die beabsichtigte Durchführung von beantragten Kursen und die dafür ausgegebenen Gelder wurden nie überprüft. Die vom Bezirk ausgehaltenen Vereine am Kottbusser Tor, incl. der „Myfest“-OrganisatorInnen haben sich zwischenzeitlich ein ausgeklügeltes System geschaffen, wie sie sich die öffentlichen Gelder vom Bezirksamt gegenseitig zuschanzen. Auch von den Myfest OrganisatorInnen liegen aus dem letzten Jahr bis heute keine fundierten Abrechnungen der ausgegebenen Gelder vor.

Für den 1. Mai 2005 verdichten sich die Hinweise, dass die Myfest-OrganisatorInnen in Absprache mit der Polizei wieder alles daran setzen wollen, die Revolutionäre 1. Mai Demo um 18 Uhr zu verhindern.

Anti-Privatisierungs-AG Kreuzberg (APAG-K)

Die folgenden Dokumente sind Ausschnitte von Belegen für hohe Summen, die über das BA (Quartiersmanagement) an rechte Institutionen und Security geflossen sind:

EINGEGANGEN
22. MAI 2001
Erled.

An das Quartiersfonds Kottbusser Tor Vergabejury

Betrifft: Antrag auf Finanzierung des Sicherheitsdienstes in Objekt in Objekt ZENTRUM KREUZBERG für die Zeit vom 01.09.2001

Sicherheitsdienstes in Objekt zwei Mitarbeiter und ein Diensthund der Firma Regenbauer/Bosse sind

Die Finanzierung dieser Maßnahme durch das Programm SOZIALE STADT die Anschlußfinanzierung der Arealbestreifung einer Gruppe von Arbeitslosen nach zweimonatiger Einarbeitung durch der Firma Regenbauer/Bosse

Daher beantragen wir hiermit die Kostenübernahme für den weiteren Einsatz von zwei Sicherheitsdienstmitarbeitern mit einem Diensthund 1 Sicherheitsmitarbeiter 1 Diensthundeführer mit Diensthund

Monatliches Leistungsentgelt 19.500,00 DM inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer von 16 %

Gesamtkosten in 8 Monaten 87.600,00 DM

Antrag auf Förderung über den Quartiersfonds Projektskizze

Eingang: 06.08.01

II. Projekt
Titel: Finanzielle Unterstützung beim Erwerb des Grundstückes Skalitzer Str. 130.

I. Antragssteller
Name: Islam Vakfi e.V.
Anschrift: Boppstr. 4 10967 Berlin

IV. Kosten
Personal: Sachkosten: 200 000,- DM
Miete:

I. Antragssteller
Name: Mevlana Moschee e.V.
Anschrift: Skalitzer Str. 135 10999 Berlin

IV. Kosten
Personal: 9 600,- (Honorar)
Sachkosten: 4 300,-
Miete:

II. Projekt
Titel: Erwachsenenbildung über das System der Bundesrepublik
Gesamt: 13 900,- DM

NACHRICHTEN DER TAGESSPIEGEL
Abschiebung des Kreuzberger Predigers vertagt 08.04.2005

April fallen wird. Die Ausländerbehörde will Yakup T. vor, auf einer Kundgebung der türkischen Extremistenorganisation Milli Görus islamische „Martyrer“ verherrlicht zu haben. Außerdem soll er bei einer Predigt der Mevlana-Moschee Deutsche verunglimpft haben. kt

Antrag auf Förderung über den Quartiersfonds Projektskizze

Eingang: 19.06.01 Antragsnummer: 3

I. Antragssteller
Name: Türkische Gemeinde zu Berlin (TGB)
Anschrift: Skalitzer Str. 134 10999 Berlin

IV. Kosten
Personal: 35 820,00 DM
Sachkosten: 3 450,00 DM
Miete: Betriebskostenanteil: 5 175,00 DM

Gesamt: 44 445,00 DM

Kolumbien

Staatlich sanktionierter Mord gegen streikende GewerkschafterInnen ist an der Tagesordnung

Bedrängt durch eine Vernichtungskampagne biten Gewerkschafter und andere AktivistInnen um Unterstützung und Klagen die Regierung sowie die negativen Auswirkungen der "demokratischen Sicherheit" an.

SOS für Kolumbien

Kolumbien ist ein Land der traurigen Rekorde: Jeden Tag werden 58 Morde registriert, jedes Jahr werden ca. 3.000 Personen entführt. Diese Rekordmarken erreichen ihre Spitzenwerte, wenn es um Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafter und Journalisten geht. Es ist das Land des "magischen Realismus", aus dem 80 Prozent der jährlich weltweit ermordeten Gewerkschafter kommen. Wer schützt die Beschützer der Werktätigen? Wer verteidigt die Verteidiger der Menschenrechte? Die CIOSL (Confederación Internacional de Organizaciones Sindicales Libres) betrachtet Kolumbien als gefährlichstes Land der Welt für die Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeit und hat es zum Schwerpunkt seiner internationalen Arbeit gemacht hat.

Luis Hernández Monrroy weiß das sehr gut. Seine Arbeit als Direktor der Gewerkschaft Sintraemcali in Cali - drittgrößte Stadt des Landes, industrieller und unternehmerischer Kern und Epizentrum der Privatisierungswelle - haben ihn zum Ziel von Todesdrohungen gemacht. Er hat die zweifelhafteste Ehre, einer von 85 politischen Führern bzw. Führern der Gewerkschafts- und sozialen Bewegungen zu sein, die auf der schwarzen Liste der ‚Operation Drachen‘ stehen, ein vor einigen Wochen gestartetes Vernichtungsprojekt unter der Führung eines mutmaßlichen Militärs, der vermutlich mit Geheimdiensten und Paramilitärs zusammenarbeitet. Der Skandal brach los, als auf Initiative einiger der Bedrohten die Sicherheitskräfte im Verlaufe mehrerer Durchsuchungen in den Händen eines angeblichen Obersten verdächtige Dokumente des Militär-Geheimdienstes fanden, die einige Personen als bewaffnete Ziele auswiesen. Unter ihnen befand sich der Vorsitzende der Partei Polo Democrático, Lucho Garzón, und sogar der Gouverneur Angelino Garzón.

„Die Menschenrechte werden hier 24 Stunden am Tag verletzt. Uribe will gegenüber der internationalen Gemeinschaft ein positives Image verkaufen, das einer Demokratie, aber in der Praxis haben wir ein übles Regime“ erklärt Luis.

„Die Gewerkschaftsbewegung soll auf die eine oder andere Weise vernichtet werden. Erstens durch die Schließungen. Die Regierung schließt willkürlich Betriebe, in Umsetzung ihres neoliberalen Modells. Zweitens werden die Gewerkschafter mit den Aufständischen in Verbindung gebracht, um sie dann einzukerkern. Und Drittens werden wir systematisch ermordet. Den durch die ‚Operation Drachen‘ Bedrohten hat das Justizministerium mitgeteilt, man werde den Fall untersuchen. Aber welche Hoffnung haben wir? Wie soll man Schutz finden? Sie beim Staat zu suchen, ist so als beauftrage man Dracula eine Blutbank zu bewachen, erklärt er weiter. Hunderte von ebenfalls bedrohten Compañeros umgeben sich mit Sicherheitskräften, denen sie vertrauen, um zu verhindern, daß das Mordgespenst zur Wirklichkeit wird. Die Erfahrung hat sie dazu gebracht, den staatlichen Sicherheitsorganen zu misstrauen. Aber es geht nicht nur um die Bedrohung aus der ‚Operation Drachen‘. Dutzende von Schwarzen Listen kommen jeden Tag zum Vorschein, hängen wie ein Damokles-Schwert über den AktivistInnen, deren Namen zu Hunderten auf den Listen erscheinen. Allein in der Stadt Barranquilla (die viertgrößte des Landes) wissen 70 Gewerkschafter, daß sie sich im Fadenkreuz befinden. Für sechs von ihnen hat sich die Drohung bereits erfüllt. Der Tod ist nichts Exotisches. Die Anwalt-Delegation, die das Land im März auf Bitten der Internationalen Kommission für die Rechte der Werktätigen besuchte, stellt in ihrem Abschlußbericht fest, daß es "wahrscheinlich schneller, billiger und weniger risikoreich ist, die beteiligten Gewerkschafter zu ermorden, als einen Arbeitskonflikt durch die dafür vorgesehenen zivilen Verhandlungen zu lösen."

Die Zahlen stützen diesen Eindruck : Nach den Berechnungen der CUT (Central Unitaria de Trabajadores) und der Nationalen Gewerkschaftsschule wurden seit der Amtübernahme durch Uribe mindestens 164 Gewerkschafter (178 nach der CIOSL) ermordet, außerdem gab es Tausende von Verletzungen ihrer Rechte.

Die CIOSL hat festgestellt, daß, wie es die offiziellen Zahlen der Regierung glauben machen, die Zahl der ermordeten Gewerkschafter im Vergleich zu den 184 aus dem Jahr 2002, zurückgegangen ist. Aber die Morde sind nur die Spitze des Eisberges. Wie die Organisation zugleich hervorhebt, sind andere Formen der Vernichtung und der Unterdrückung angewachsen: Morddrohungen, Entlassungen, das gewaltsame Verschwindenlassen, die Entführungen... Während der Regierungszeit Uribes wurden - so schätzt die CIOSL - mehr als 670 Gewerkschaftsführer bedroht (gegenüber 357 im entsprechenden Zeitraum der Regierung Pastrana), es gab 104 willkürliche Verhaftungen (10 während der vorangegangenen Regierung) und es sind 14 illegale Durchsuchungen vorgenommen worden (2 unter Pastrana).

Selektive Massaker

„Die Gewerkschaftsfunktionäre verweisen darauf, dass es keine willkürlichen Morde gibt, sondern daß es sehr präzise darum geht, diejenigen zu beseitigen, die ihre Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen vertreten, das Streikrecht zu torpedieren und die Privatisierungen zu erleichtern. Diese Behauptung wird durch Daten gestützt: Dieses Jahr kamen weniger als 50.000 Kolumbianer in den Genuß von positiven Ergebnissen bei Tarifverhandlungen. Und von den 30 Streiks, die es bisher im Jahr 2004 gab, wurden 27 als illegal oder sogar terroristisch erklärt. Man kann nicht wirklich von einer Demokratie reden, wenn weder das Demonstrations- noch das Streik- noch das Recht auf Gewerkschaften gewährleistet ist“, berichtet Pilar Morales, Sekretärin für Zusammenarbeit der CCOO (spanische Gewerkschaftszentrale) aus Madrid und zugleich Vorsitzende der Stiftung Paz y Solidaridad (Frieden und Solidarität). Beide Organisationen widmen sich seit Jahren der Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung in Kolumbien.

Gemeinsam mit Pilar Morales haben weitere 46 Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen aus 19 Ländern und von 4 internationalen Organisationen eine internationale Delegation gebildet, die das Land im vergangenen September als Reaktion auf den Hilferuf der kolumbianischen Gewerkschaftsbewegung besuchte. Die Delegation hat am eigenen Leib die Angst und die extremen Sicherheitsmaßnahmen erlebt, mit denen die Gewerkschafter, die Menschenrechtsaktivisten, die Volksführer, Werktätigen im Gesundheitswesen, Lehrer und viele andere leben müssen. Sie alle gehören zu den Risikogruppen, auf die es die bewaffneten Schwadronen und paramilitärischen Kommandos besonders abgesehen haben. Laut der FECODE (Federación Colombiana de Educadores / Kolumbianische Föderation der Erzieher) wurden zwischen 2000 und 2003 insgesamt 191 Erzieher ermordet, 58 davon nach dem 7. August 2002, dem Amtsantritt Uribes. Und für diejenigen, die sich im Fadenkreuz des Terrors befinden, gibt es keinerlei Zweifel, daß mit der Anwendung der "demokratischen Sicherheit" des Präsidenten und der Verfassungsreform ihr Leben und ihre gesamte Tätigkeit gefährlicher geworden sind.

Hernández bringt es auf den Punkt: „Die Lage hat sich in den zwei Jahren Uribe verschlechtert. Die Regierung behauptet, daß hinter den Morden keinerlei politische Motive stehen, sie verschleiern dies mit der Behauptung, die Menschenrechtssituation habe sich verbessert, während die gleiche Regierung in den Dörfern und Städten Durchsuchungen und Massenverhaftungen von 200, 300 oder bis zu 500 Personen durchführt. Wenn früher die Gefängnisse voll waren, so sind sie heute bis zum Platzen gefüllt - mit Unschuldigen, die einfach verhaftet und eingekerkert werden. Man kann vor der Welt nicht von einer Verbesserung der Menschenrechtssituation reden und zugleich das Militär auf die Bevölkerung loslassen.“

„Die Anti-Gewerkschafts-Politik der Regierung und der Unternehmer, ihre Behauptungen, die Gewerkschaften seien am Bankrott des Landes schuld, seien Handlanger der Guerilla und des Terrorismus, haben ihren Beitrag dazu geleistet, daß die Akteure der Gewalt die besten Männer und Frauen ermorden, die sich im gewerkschaftlichen und politischen Kampf engagieren. Der Staat hat daran eine direkte und indirekte Mitschuld, so wie im Falle Arauca“, heisst es in dem gemeinsamen Dokument der drei großen Gewerkschaftszentralen des Landes, CUT, CTC und CGDT.

Der Fall, auf den sich der Bericht bezieht, ist die Ermordung von Héctor Alirio Martínez, Leonel Goyeneche und Jorge Prieto, drei historische Führer aus der Region Arauca, die am 5. August dieses Jahres rücklings niedergestreckt wurden, und zwar durch Angehörige der kolumbianischen Armee, die jetzt verhaftet wurden.

Verzerrung der Realität

Trotz der Enthüllung der Untersuchungsorgane, trotz ge-wisser Beweise (sie waren unbewaffnet und wurden nachts barfuss aus ihren Wohnungen geholt) und trotz des Berichtes der Staatsanwaltschaft selbst, bestanden militärische Quellen darauf, es habe sich um ein gewöhnliches Gefecht mit subversiven Kräften gehandelt. Der Verteidigungsminister qualifizierte die Ermordeten als Guerilleros der ELN, die von der Justiz gesucht würden.

Durch diese Umstände sind die Morde zum Paradigma der Wut bei den Gewerkschaften geworden und haben dazu geführt, daß sich gewerkschaftliche und soziale Organisationen voller Abscheu gegen die Regierung Uribe erhoben haben.

„Einer der Erfolge der Gewerkschaftsdelegation besteht darin, dass diese Morde nicht der Strafjustiz zugerechnet wurden, sondern als Verbrechen gegen die Menschenrechte betrachtet werden. Ansonsten heißt es im Falle von ermordeten Gewerkschaftern immer, es handele sich

um Beziehungstraftaten (Morde wegen einer Frau), der Tote habe Verbindungen zum Guerilla gehabt oder es handele sich um ein gewöhnliches Gewaltverbrechen, eine Abrechnung. Es ist jedoch belegt, daß diese Personen wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit ermordet werden, so wie Führerinnen der Bewegung von werktätigen Frauen im informalen Sektor oder Menschenrechtsaktivisten ermordet werden. Journalisten, Abgeordnete, Ratsmitglieder und Bürgermeister werden ermordet. Und man versucht, diese Morde als gewöhnliche Verbrechen zu tarnen. Aber wie in jeder konfliktgefüllten Gesellschaft gibt es viele, die die Aufmerksamkeit auf diese Tatsachen lenken: Frauenkollektive, indigene Gruppen, Intellektuelle, selbst Regierungsfunktionäre, die eine demokratische Gesellschaft wollen. Das Gute der Mobilisierung der Zivilgesellschaft ist, das dadurch alles ans Tageslicht befördert wird und die Straffreiheit der Täter verhindert wird“, erklärt Morales.

Über deren Verantwortung für die Unterlassung des Schutzes der Gewerkschaftsaktivisten und Menschenrechtsverteidiger hinaus, betrachten die Gewerkschaften und sozialen Organisationen die Regierung Uribe und ihre Sicherheitskräfte als der Komplizenschaft verdächtig. Einerseits lebte gerade zu einem Zeitpunkt, da die Regierung Uribe über den Frieden und die Demobilisierung von 20.000 Paramilitärs verhandelt, die Debatte die zahlreichen Verdachtsmomente für Verbindungen zwischen Angehörigen der Sicherheitskräfte des Staates und den Paramilitärs wieder auf. Fälle, wie die Ermordung der drei Führungskräfte aus Arauca oder die Operation Drachen haben die Stimmung angeheizt und die Anschuldigungen der Passivität gegenüber der Exekutive wieder befügelt.

„Alles, was mit öffentlichen Geld bezahlt wird, muss durch die Öffentlichkeit kontrolliert werden und sich in transparenter Weise rechtfertigen. Wir sind gegen jede Art von Terrorismus. Die Regierung darf nicht damit einverstanden sein, daß Militärs, gleich welchen Ranges, Hausdurchsuchungen, Morde oder eine ‚Operation Drachen durchführt‘“, unterstreicht Pilar Morales.

Andererseits führen die Anschuldigungen, die gegen Menschenrechts- und Gewerkschaftsaktivisten erhoben werden, dazu, dass sie ins Visier der Herren des Todes geraten. Die hinterhältige Ermordung des Soziologen und Hochschullehrers Alfredo Correa de Andreis am 17. September dieses Jahres in Barranquilla, durch die Kugeln eines gedungenen Mörders, zeigt dies deutlich. Wochen vor seinem Tod hatte die Staatsanwaltschaft auf Grund von Aussagen eines Wieder eingegliederten, der ihn als Ideologen der FARC denunzierte, die Festnahme von Correa de Andreis angeordnet. Auch wenn die Staatsanwaltschaft die Festnahme aufhob und seine Freilassung anordnete (und die Anschuldigungen verwarf) war Correa dadurch bereits zum Ziel der Paramilitärs geworden.

Soziale Mobilisierung

Das Unbehagen und die Wut gehen aber weit über die Gewerkschaften hinaus. Die Berichte der internationalen Organisationen wie Amnesty International oder HRW stimmen immer wieder überein, wenn es um die Schwäche der rechtlichen Garantien geht. Ein guter Teil der Zivilgesellschaft hat sich gegen die so genannte demokratische Sicherheit gewandt. Der Marsch für das Leben hat im September Zehntausende auf die Straßen gebracht - angeführt von den Indigenas, um gegen das Verschwindenlassen und die Ermordung von Dutzenden kolumbianischen Indios in den letzten Monaten und gegen die schädlichen Folgen der Privatisierungen und der Wirtschaftsreform zu protestieren. Mit der festen Absicht, in dieser Situation Widerstand zu leisten gingen die sozialen Bewegungen unter Führung der Gewerkschaften am 12. Oktober auf die Straße. Die beiden wichtigsten Gewerkschaftszentralen - CUT und CTC - haben sich dafür ausgesprochen zusammenzugehen, um ihr Gewicht zu erhöhen und ihre internationale Ausstrahlung zu stärken.

„Wir haben die internationale Verpflichtung, mit der Straffreiheit und der Anonymität (der Täter) Schluss zu machen und uns jedweden Vertrag zu widersetzen, der Waffen für Uribe bedeutet. Wir müssen erreichen, daß solche Operationen wie die ‚Operation Drachen‘ in Zukunft lediglich auf dem Papier bleiben“, versichert Morales. Oder wie Luis Hernández feststellt, "diese Angelegenheit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu halten, kann dazu beitragen, uns am Leben zu erhalten."

Ana Zarzuela / FRENTE DE ACCIONES POR COLOMBIA - Breites Bündnis für Kolumbien.

Der Vernichtungsfeldzug in Zahlen:

- 90 ermordete Gewerkschafter zwischen Mai 2004 und April 2004, 8 weitere sind Attentaten zum Opfer gefallen, 48 haben 2004 ihr Leben verloren, davon waren 16 Gewerkschaftsführer
- Im Verlaufe dieses Jahres sind 5 Gewerkschaftsführer bzw. -aktivisten verschwunden, 6 wurden entführt und 92 mit Gewalt vertrieben. Mehr als 20 wurden verhaftet, 43 waren Übergriffen ausgesetzt, es gab 7 illegale Durchsuchungen.
- In den fast 4000 Mordfällen an Gewerkschaftern in den letzten 15 Jahren gab es lediglich 5 Verurteilungen der Täter.
- Kolumbien hat einen der niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrade in Lateinamerika, lediglich 4% der Arbeiter sind geerkschaftlich organisiert.
- Im Jahre 2004 wurden nur 3 Gewerkschaften gegründet, von den 112 im Jahre 2003 ausgerufenen Streiks wurden 111 für illegal erklärt
- Seit 1993 wurden 650 Lehrer ermordet.

Infos zu Kolumbien: www.nuevacolombia.de

8. Mai - Tag der Befreiung

Antifaschistischer & Antikapitalistischer Konvoi zum 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus

8. Mai 1945 - Tag der Befreiung
8. Mai 2005 - Kein Vergeben! Kein Vergessen!

Den 60. Jahrestag der Befreiung will die herrschende Klasse der Bundesrepublik Deutschland vereinnahmen, um sich ihrer braunen Vergangenheit zu entledigen. Nicht die Befreiung vom Nationalsozialismus, sondern die Befreiung von der "Last" der Geschichte ist das Ansinnen der offiziellen Gedenkfeierlichkeiten. Das neue Weltmachtstreben des deutschen Imperialismus soll nicht weiter getrübt werden durch die berechtigten Forderungen der Überlebenden des Terrors des deutschen Faschismus, es soll nicht getrübt werden durch Reparationsforderungen der von den Nazis überfallenen Ländern und es soll auch nicht getrübt werden durch das Aufzeigen der bis heute existierenden personellen, institutionellen und unternehmerischen Kontinuitäten der Bundesrepublik Deutschland.

11.000 Kinder

Nicht nur die Zahlung von Kompensationsleistungen wird vielen Opfern des NS verwehrt, sondern auch schon das bloße Gedenken an die Verbrechen. Unter der Zugnummer „DA-901“ schleusten die deutschen Behörden ihre aus Frankreich kommenden Auschwitz-Transporte über das Schienen-netz der Reichsbahn. Eine Ausstellung, die in französischen Bahnhöfen an die Deportation von 11.000 jüdischen Kindern von Frankreich nach Auschwitz erinnert, darf in Bahnhöfen der Deutschen Bahn nicht gezeigt werden. Mehrere Appelle, das bundesweite Gedenken zumindest auf den Durchgangsstationen der Todestransporte zu ermöglichen (u.a. Saarbrücken, Frankfurt am Main und Dresden), blieben unbeantwortet. Da die Unternehmensleitung trotz internationaler Proteste nicht einlenken will, werden wir mit dem Konvoi am 6. Mai einen Halt am Bahnhof Zoo einlegen und den skandalösen Umgang des Bahn-Konzerns mit seiner Geschichte und gegenüber den Opfern öffentlich machen.

"Hitlers bester Lieferant"

Auch Bertelsmann, einer der größten Medienkonzerne der Welt, ist emsig bemüht, sich der Unternehmensverantwortung nicht stellen zu müssen. Anlässlich einer Preisverleihung 1998 stilisierte der

damalige Vorstandsvorsitzende Thomas Middelhoff den Verlag als Hort des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Als einer der wenigen nicht jüdischen Verlage, so Middelhoff, sei Bertelsmann 1944 wegen der Verbreitung "subversiver" Bücher von den Nazis geschlossen worden. Eine Darstellung, die infamer kaum sein könnte! Eine historische Kommission, die die Geschichte von "Bertelsmann im Dritten Reich" untersuchte, hielt fest, dass "die ungewöhnlich hohe Zahl von 19 Millionen Wehrmachtsexemplaren, die die Gewinne explodieren ließ" sich mehreren Gründen verdankte. Dazu gehörten die Leistungsfähigkeit der Druckerei und die geschickte Papierbevorratung, aber vor allem "verlief die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Wehrmacht und des Propaganda-ministeriums weitgehend komplikationslos." Bertelsmann gehörte eindeutig zu den Profiteuren der Nazi-Diktatur und lieferte den geistigen Nährboden der nationalsozialistischen Ideologie. "Worte können sein wie winzige Arsendosen", schrieb Victor Klemperer in seinem Werk "LTI" (Lingua Tertii Imperii), "sie werden unmerklich verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Wirkung doch da." Bertelsmann verführte literarische Giftmischungen in Millionen-Auflagen und legte mit den erzielten Profiten den Grundstein für den nach dem Krieg entstehenden Medien-Weltkonzern.

Die heute von Bertelsmann gestreuten Giftmischungen haben eine erheblich erhöhte Reichweite und mit der Bertelsmann-Stiftung verfügt der Konzern zudem über einen der einflussreichsten Think-Anks Europas.

Kommt zahlreich und mit Fahrzeugen!

Neben der Deutschen Bahn und dem Sitz des Bertelsmann-Konzerns wird uns der Konvoi an weitere Orte und Institutionen führen, wo wir an die Verbrechen im Nationalsozialismus erinnern, den Opfern gedenken und die bis heute unter dem Mantel der Demokratie andauernden Kontinuitäten aufzeigen. Der antifaschistische Widerstand gestern und heute sowie der aufopfernde Kampf der Roten Armee werden an historischen Orten gewürdigt.

Gegeninformationsbüro
www.gegeninformationsbuero.de

Kein Naziaufmarsch am 8. Mai!

Die Nazis wollen am Tag der Befreiung vom Faschismus in Berlin marschieren. Dagegen formiert sich ein Aktionsbündnis.

Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen!

Vor 60 Jahren, am 8. Mai 1945, musste das militärisch geschlagene Deutschland bedingungslos vor den Alliierten kapitulieren. An diesem Tag wurde die Welt vom Nationalsozialismus, der vom Großteil der Deutschen getragen wurde, befreit. Die Ära der nationalsozialistischen Barbarei fand ein Ende, die ihren Ausdruck in Rassenwahn, Krieg, der Deportation und Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen, der Roma und Sinti und all der anderen Menschen, die nicht ins Weltbild der Nazi-Ideologie passten, fand. Der Tag der Befreiung ist daher ein Grund zur Freude, an dem wir aber auch daran erinnern wollen, wer die Verantwortung trägt an Krieg und Vernichtung und wem wir die Befreiung zu verdanken haben.

Der deutsche Faschismus bestimmt auch heute noch den erinnerungspolitischen Diskurs in der BRD. Von Angela Merkel, die von einer „immer währenden Verantwortung, die wir als Nation angesichts der Schrecken des Nationalsozialismus für die Zukunft tragen“ spricht, bis zu Gerhard Schröder, dem „die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus eine bleibende Verpflichtung“ ist, ist der Begriff der „Verantwortung“ als Beschreibung des Verhältnisses der Deutschen zu ihrer Vergangenheit inzwischen konsensfähig. Bundespräsident Horst Köhler betonte in seiner Ansprache vor der israelischen Knesset sogar, dass „die Verantwortung für die Shoah“ ein „Teil der deutschen Identität“ sei. Dieser vermeintlich antifaschistischen Rhetorik erwachsen jedoch keine ihr entsprechenden Handlungen, darüber kann auch das Mahnmal für die ermordeten Juden und Jüdinnen im Herzen Berlins nicht hinweg täuschen. Aufgrund der konsequenzlosen und inflationären Verwendung wird „Verantwortung“ zu einem Begriff ohne Inhalt, welcher beliebig gefüllt und instrumentalisiert werden kann.

Spätestens seit 1999 kennzeichnet deshalb nicht Verdrängung, sondern die opportune Nutzung der nationalsozialistischen Vergangenheit den Umgang mit der eigenen Geschichte. So wurde die aktive Kriegsunterstützung Deutschlands im NATO-Krieg gegen Jugoslawien mit der Erinnerung an die Shoah legitimiert. Außenminister Joschka Fischer begründete nicht trotz, sondern wegen Auschwitz den ersten aktiven Auslandseinsatz der Bundeswehr. Seither gehört es zur außenpolitischen Normalität, dass deutsche Interessen wieder militärisch

durchgesetzt werden können.

Wir positionieren uns entschieden gegen die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und die Instrumentalisierung der Erinnerung an die Shoah. Wir fordern die sofortige Auflösung aller deutschen Truppenverbände.

Nicht nur in der Außenpolitik zeigt sich, was die politische Gemeinschaft Deutschlands unter historischer Pflicht versteht. So dauerte es 55 Jahre bis im Juli 2000 ein Abkommen über die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen unterzeichnet werden konnte, und auch dies nur durch ständige Proteste der Opferverbände und wiederholten Druck aus dem Ausland. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits etliche ehemalige ZwangsarbeiterInnen verstorben. Und selbst heute noch laufen die Auszahlungen der vom Bundestag eingerichteten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ schleppend bis gar nicht. Zudem wurden ganze Opfergruppen aus den Entschädigungszahlungen ausgeschlossen. Hervorzuheben ist hierbei die International Organisation for Migration (IOM), die für die Bearbeitung der Anträge nicht-jüdischer und nicht in Osteuropa lebender, ehemaliger ZwangsarbeiterInnen beauftragt wurde. Die IOM, deren eigentliches Arbeitsfeld das Leiten von Internierungslagern für Flüchtlinge und deren Abschiebung ist, lehnte alle Anträge der italienischen ZwangsarbeiterInnen ab, die nach der Kapitulation Italiens als Militärinternierte verschleppt und zur Sklavenarbeit gezwungen wurden. Diese inakzeptablen Aufspaltung in diese, welche genug gelitten, und jene, die anscheinend nicht genug gelitten haben, um finanziell entschädigt zu werden, demütigt die Opfer erneut.

Tausende deutsche Unternehmen haben während des zweiten Weltkriegs aus der industriellen Vernichtung Kapital geschlagen, Kapital das durch „Arisierungen“ und die Ausbeutung von Arbeitskraft zustande kam und später maßgeblich zum Aufbau der BRD verwendet wurde. Wird bedacht, dass mehr als 14 Millionen Menschen durchschnittlich etwa 1,5 Jahre zur Arbeit gezwungen wurden, dann erscheinen die etwa fünf Milliarden Euro Stiftungsvermögen schon fast lächerlich. Sie dienen der Rechtssicherheit für die Unternehmen, sich für alle Zeit der Ansprüche entledigt zu haben. Im Mai 2001 interpretierte Bundeskanzler Schröder dies wohlwollend als „Schlussstrich“. Wir haben nicht vergessen, wie aus der industriellen Vernichtung Kapital geschlagen wurde und fordern die vollständige und bedingungslose finanzielle Entschädigung aller NS-



Konvoi

Freitag, 6. Mai 16 Uhr
Winterfeldstr. /Potsdamerstr.

gegen Faschismus und Kapitalismus

kommt mit Autos und Fahrrädern

und - am 8. Mai mit allen Kräften gegen die Nazis

- Stationen**
- Justiz & Knast**
Kammergericht / Volksgerichtshof
- Bahn & Deportation & Shoa**
Deutsche Bahn
- Militär**
Bendlerblock
- Polizei & Geheimdienst**
Wirtschaft & Banken
Daimler Chrysler / Deutsche Bank
- Rote Armee & Befreiung**
Sowjetisches Ehrenmal
- Medien & Think Tanks**
Bertelsmann
- Widerstand nach 1945**
VVNBdA und mehr

ZwangsarbeiterInnen. Weiterhin fordern wir die Enteignung aller NS-Profiteure.

Ein würdiges Gedenken an die Opfer und die Gegner der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie muss auch noch heute den Widerstand gegen geschichtsrevisionistische Tendenzen beinhalten. Neben Schlussstrichdebatten und der Instrumentalisierung der Erinnerung an die Shoah zählen hierzu auch Debatten, in denen die Täter zu Opfern oder die Opfer zu Tätern gemacht werden. Ob als Leidtragende der Umsiedlungen oder der Bombardierung deutscher Städte – das Bedürfnis, die nationalsozialistische Geschichte aus einer anderen als der Täterperspektive zu betrachten, ist groß. So gedenken beispielsweise in Dresden alljährlich Zehntausende den deutschen Opfern der alliierten Luftschläge. Ausgeblendet wird, wer für den Krieg verantwortlich war und von welcher überwältigenden Mehrheit der Faschismus akzeptiert und getragen wurde. Mit der Stillisierung der Deutschen zu Opfern geht die Dämonisierung der Befreier einher. Anknüpfend an antikommunistische Ressentiments fallen Debatten über „den Schrecken und das Leid der (deutschen) Bevölkerung, welche die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten“ habe, auf fruchtbaren Boden. Dabei war es die UdSSR, die die Hauptlast im Kampf um die Befreiung der Welt vom deutschen Faschismus zu tragen hatte. Es waren die Menschen aus der UdSSR, deren Städte und Dörfer von der Nazi-Wehrmacht zerstört, die ihrer Lebensgrundlage beraubt und in einen Krieg verwickelt wurden, der ihnen aufgezwungen war. Zwanzig Millionen von ihnen fielen den Deutschen zum Opfer. Es darf nie vergessen werden, dass es die Rote Armee, die Partisanen und Saboteure waren, die den Angriff der Nazi-Wehrmacht abwehrten und Deutschland maßgeblich zur Kapitulation zwangen.

Am 60. Jahrestag der Befreiung danken wir daher insbesondere der Roten Armee, den Partisanen und WiderstandskämpferInnen, deren Einsatz gegen die Nazi-Tyrannie oftmals klein geredet und verleumdet wird.

Es verwundert kaum, dass im Zuge erinnerungspolitisch relevanter Daten auch Neonazis Geschichte in ihrem Sinn umdeuten wollen. Besonders ärgerlich für die Protagonisten bundesrepublikanischer Erinnerungspolitik ist das immer dann, wenn dadurch Bilder produziert werden, die um die Welt gehen und die BRD in einem schlechten Licht stehen lassen. So geschehen im Februar in Dresden, als sich 5000 Nazis inhaltlich in den Kontext der offiziellen Gedenkveranstaltungen stellten, indem sie „zu Ehren der Opfer des alliierten Bombenangriffs“ durch die Stadt marschierten. Am 8. Mai wollen Neonazis durch Berlin marschieren. Ursprünglich geplant war eine Route vorbei am Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten

Juden und Jüdinnen und durch das Brandenburger Tor. Dazu wird es nicht kommen, obwohl der Aufmarsch vermutlich nicht verboten wird. Eilig wurde debattiert das Straf- und Versammlungsrecht zu verschärfen und Vorbereitungen für einen Staatsakt im Bundestag liefen an, welcher auf Leinwände am Brandenburger Tor übertragen werden soll – letztlich nur zur Verteidigung des nationalen Symbols. Eine derartige Symptombekämpfung und den staatlich inszenierten Kampf um nationale Symbole lehnen wir genauso ab wie die mit Gesetzesverschärfungen praktizierten autoritären Methoden. Denn die Ursachen für die Entwicklung eines faschistischen Weltbildes bleiben ausgeblendet und auch der Notwendigkeit des permanenten Widerstands gegen Neonazis wird diese Inszenierung nicht gerecht.

Wir rufen alle auf, sich nicht für die Regierungsinszenierung herzugeben und mit uns am 8. Mai zu demonstrieren: für das Andenken an die Opfer des Faschismus, gegen Militarisierung und deutsche Opfermythen. Lasst uns gemeinsam den Neonaziaufmarsch verhindern!

Tag der Befreiung:
Kein Naziaufmarsch am 8. Mai!
Aktionsbündnis Spasibo 3. April 2005



Infos: <http://8-mai.antifaschistische-aktion.com>



TERMINE // Aktion // Veranstaltung // Party

22. April, Freitag

19.30, Veranstaltung

Mehringhof, Blauer Salon, Gneisenaustr. 2
U-BHF Mehringdamm
Klassenkampf in Argentinien, Berichte über die Betriebsbesetzungen bei Zanon und Brukman, die Piquetero (Arbeitslosen)-Bewegung, und die Politik des IWF.

21 Uhr, Party

KATO, Kreuzberg, U-Bhf. Schlesisches Tor
Nie wieder Faschismus! u.a. mit Brigada Flores Magon, Infos: 8-mai.antifaschistische-aktion.com

23. April, Samstag

12 Uhr, Aktion

U-Bhf. Frankfurter Tor, Friedrichshain
Gehe einmal nicht in die LIDL-Filiale, sondern direkt ins Paradies! Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung für alle lohnabhängig Lidl-Beschäftigten! Vollständige Entwarnung der Security-SchergInnen! Zur Hölle mit der LIDL-Konzernleitung! Sofortige Verdoppelung der Stundenlöhne für alle Lidl-VerkäuferInnen

16 Uhr, Kundgebung

Boxhagener Platz, Friedrichshain
Den Widerstand im Stadtteil organisieren!
Gegen soziale Ausgrenzung – Die Vereinzelung überwinden. Infostände • Kleinkunst • Musik • Kostenlose Essenstafel • Luxus für alle!

25. April, Montag

ab 10 Uhr, Aktion, Demo

Montagsdemo in Neukölln
10 Uhr, Arbeitsagentur Neukölln, Sonnenallee 282 (S-Bhf. Köllnische Heide),
Infotisch • Beratung • Kaffee & Kuchen
12 Uhr, Auftaktkundgebung, Arbeitsagentur Neukölln
Redebeiträge • Musik (Geigerzähler)
Danach Demo / Kundgebung Rotes Rathaus, Beiträge zu Rassismus & Soziales, anschl. Vokü

26. April, Dienstag

15 Uhr, Aktion

Treffpunkt, Innenhof der Humboldt-Universität
Baby, ich fahr pink! Wir fahren nicht mehr „schwarz“ - sondern pink! Gegen Verschärfung der Lebensbedingungen, Ausgrenzung und unbezahlbare Fahrkarten. Der Pinke Punkt ist das Erkennungsmerkmal für alle, die umsonst ans Ziel wollen.

20 Uhr, Kino

Lunte, Info- & Stadteilladen Neukölln
Weissestr. 53, U-Bhf. Boddinstr.
Film, "Der vierte Weltkrieg" von Indymedia New York
Widerstand gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung. Aktuelle Kämpfe in Mexiko, Argentinien, Israel/Palästina, Korea, Südafrika, Nordamerika und Europa

27. April, Mittwoch

ab 15 Uhr, Kundgebung

Heinrichplatz, Kreuzberg (U-Bhf. Kotti oder Görl)
1. Mai-Warm-Up-Jam gegen staatliche Repression und Polizeigewalt! MC's • DJ's • Graffiti-Workshop
Barrikaden-Contest • Direct-Action-Training • Street-Art • Infostände • Essen & Trinken • Open-Air-Kino

28. April, Donnerstag

15 Uhr, Aktion

Leipziger Str./Gertraudenstr., U-BHF Spittelmarkt
Gegen Elitenbildung! Gegen die Kommerzialisierung von Bildung! Kommt mit Fahrrad, Inlineskates, Skateboards, Rollstühle oder zu Fuß.

19 Uhr, Internationale Solidarität

KATO, Kreuzberg, U-Bhf. Schlesisches Tor
SOS: Kolombien braucht aktive Solidarität!

19.30 Uhr, Veranstaltung

Drugstore, Potsdamer Str. 180, (U-Bhf. Bülowstr.)
"Was tun wenn's brennt!", Infos zu Verhalten bei Festnahmen etc. im Vorfeld des 1. Mai und Stories aus der HausbesetzerInnenbewegung Anfang der 80er. EA Anwältin ist angefragt.

29. April, Freitag

14 Uhr, Kundgebung

AWO-Zentrale, Blücherstr. (U-Bhf. Hallesches Tor)
Gegen die Repressionspraxis von Staatsanwaltschaft und AWO-Leitung. Zwangsarbeit abschaffen.

15 Uhr, Demo, Aktion

vor Innenministerium, Alt Moabit 101 D, Moabit
Antirassistischer Spaziergang

19 Uhr, Veranstaltung, Party

KATO, Kreuzberg, U-Bhf. Schlesisches Tor
Linke Politik verteidigen, Repression mit Solidarität erwidern! Auswertung der Repression am 1. Mai mit EA und Kritischen JuristInnen
ab 22 Uhr Konzert & Party

30. April, Samstag

16 Uhr, Kundgebung, Konzert

Boxhagener Platz, Friedrichshain
Walpurgisnacht am Boxi. Gegen Yuppiesierung und Umstrukturierung. Infostände • Redebeiträge • Bands

1. MAI, Sonntag, Demo

vormittags: Oppositioneller Block auf der Gewerkschaftsdemo, Klassenkampf statt Co-Management
Treffpunkt: 10.00, Brandenburger Tor (pünktlich kommen)

nachmittags: Vor-Demo des von Räumung bedrohten linken Hausprojekts Yorkstr. 59 nach Kreuzberg zum Oranienplatz, Infos: www.york59.net

17 Uhr, Oranienplatz, Kreuzberg
Auftakt mit Redebeiträgen und Bands

18 Uhr, Oranienplatz
Revolutionäre 1. Mai Demonstration

Termine Aufrufe Infos zum 1. Mai
WWW.MYFEST.TK

4. Mai

20.30 Uhr, Open-Air-Kino

Admiralbrücke/Paul Hertz Ufer, U-Kottbuser Tor
Film: Der Gewöhnliche Faschismus, UDSSR
1965 von Michail Romm

6. Mai

16 Uhr, Konvoi, Aktion

Winterfeldstraße / Potsdamer Straße
Antifaschistischer & Antirassistischer Konvoi
8. Mai 1945 – Tag der Befreiung
8. Mai 2005 – Kein Vergeben! Kein Vergessen!
Infos & Aufruf, Siehe Seite 7

20 Uhr, Volkküche, Kino

Lunte, Weissestr. 53, U-Bhf. Boddinstr.
Russische Volkküche zum Tag der Befreiung im Stadteilladen Neukölln. Pelmini • Vodka • Film
Film: Befreiung - Schlacht um Berlin

22 Uhr, Party, Solidarität

Zielona Gora, Grünbergerstr. 73
Am Boxhagener Platz, Friedrichshain
Solidarität mit den Magdeburgern! Kein Knast für Daniel & Marco! Kriminell ist das System, und nicht der Widerstand! Cocktails • DJ's • nette Leute

8. Mai, rund um die Uhr, Aktion, Demo

Am Tag der Befreiung vom Faschismus wollen die Nazis in Berlin demonstrieren.
Wir werden den Naziaufmarsch verhindern!

Achtet auf Ankündigungen!



Berliner Blutmai

Sozialdemokraten ließen auf DemonstrantInnen schießen

Der 1. Mai in Kreuzberg ruft im Kopf jedes/r Linken Bilder von äußerster Polizeigewalt hervor. Jede/r von uns hat gesehen, wie maskierte Robocops Tränengas in die Menge schießen, Wasserwerfer gegen Jugendliche einsetzen oder wild drauflos knüppeln.

Doch das ist nichts im Vergleich zum Polizeiterrror, den es vor 76 Jahren, am 1. Mai 1929, in Berlin gab. Damals herrschte der Ausnahmezustand in Berlin, genauer gesagt in den Arbeiterbezirken Wedding, Neukölln und Kreuzberg. Es kam zu Hetzjagden der Polizei auf ArbeiterInnen, die sich zur 1.Mai-Demonstration versammelt hatten und zu tagelangen Straßenschlachten als Reaktion auf die Repression der Bullen, welche mit Mannschaftswagen in die Kieze einrückte und auf die Leute auf der Straße, an den Fenstern und auf den Balkonen feuerte. Dieser Zustand hielt drei Tage an. Am Ende starben 32 Menschen, häufig Unbeteiligte. Die Bullen hatten über 1.200 Gefangene gemacht, es wurden 80 Verletzte gezählt, aber man kann davon ausgehen, dass es sehr viel mehr waren. Im "planlosen Feuer" wurden von den Bullen etwa 11.000 Schuss verschossen.

SPD gegen revolutionäre Kräfte

Warum befahl der Berliner SPD-Polizeipräsident Zörgiebel, "rücksichtslos vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen" - und von der Waffe? Immerhin hatten in anderen deutschen Ländern KPD und SPD gemeinsam demonstriert?! Wie heute aus Polizeiakten zu ersehen ist, ging es dem SPD-Polizeipräsidenten um das Verbot des Roten Frontkämpferbundes (RFB), einer Organisation der KPD, welche Demonstrationen und Kundgebungen der KommunistInnen vor der SA und der Schutzpolizei (Schupo) schützte. Als es bei einer Demonstration des RFB zum Gedenken an einen von der SA ermordeten Kommunisten zu einer Straßenschlacht mit der Polizei kam, bei der ein Mitglied des konservativen "Jungdeutschen Ordens" starb, war das der Anlass für Zörgiebel, ein Demonstrationsverbot für Berlin zu verhängen. Dieses wollte er über den 1. Mai hinaus aufrecht erhalten. Er wollte die KPD damit provozieren. Das war ihr auch klar, deshalb verbot sie ihren AnhängerInnen RFB-Uniformen und Waffen auf der Demonstration, die "einen

durchaus friedlichen Charakter" haben sollte. Daß sie natürlich am 1. Mai trotzdem demonstrieren wollte, war klar: es galt, die Tradition des hart erkämpften 1. Mai zu verteidigen. Währenddessen erarbeitete Zörgiebel zusammen mit der Polizei des kapitalistischen Staates einen militärischen Plan mit dem Ziel, Ausschreitungen zu provozieren, die sich für eine Verbotsvorgang ausnutzen ließen. Die lag übrigens schon vorbereitet im Schreibtisch des Polizeipräsidenten.

1. Mai 1929

Als man sich in den Stadtbezirken mit Fahnen und Transparenten versammelt hatte, stand die Polizei schon bereit. Die Bullen gingen sofort zum Angriff über. Sie hatten jedoch ihre Probleme mit den ArbeiterInnen, die sich nicht auseinander treiben lassen wollten. Bei den Prügeleien mit den Bullen waren die KommunistInnen und jene SPDlerInnen, die sich den 1.Mai nicht verbieten lassen wollten, aber unterlegen. Mit bloßen Fäusten und Fahnenstangen war gegen behelmte Bullen, die knüppelten und schossen, kein Ankommen. Es wurden Barrikaden gebaut und das Pflaster aufgerissen. Der Widerstand zwang die Polizei, mit LKWs und Panzerwagen Verstärkung für die Schupos heran zu karren. Es hagelte Steine und Blumentöpfe, worauf die Bullen MGs und Panzerwagen einsetzten. Dabei wurden auch viele Schaulustige getötet, die auf dem Balkon oder auf der Straße standen. Am 2. und 3. Mai starben insgesamt 13 Menschen durch Schüsse der Polizei. Die KPD wirkte auf die aufgebrachtten ArbeiterInnen ein, damit diese nicht den bewaffneten Straßenkampf begannen. Vielmehr wurden über zwanzig Protestversammlungen einberufen und in mehr als 120 Betrieben Streiks organisiert. Am 3. Mai 1929 wurde - wie geplant - der RFB verboten, weil er angeblich die "Mai-Unruhen" angezettelt und einen Putsch versucht hätte. Kurz darauf wurde er auch deutschlandweit verboten. Hunderten ArbeiterInnen wurde wegen der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration der Prozess gemacht. Aber: kein einziger der an den Morden und Prügelorgien beteiligten Polizisten wurde verurteilt! Zörgiebel und Reichsinnenminister Severing (SPD) lebten von 1933 bis 1945 unbehelligt in Nazideutschland. Zörgiebel stieg später zum Polizeipräsidenten von Rheinland-Pfalz auf. Und Dem Polizeiterrror des "Blut-Mai" wird heute als "Straßenkampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten" gedacht.

Bildung statt Umbildung!

Als vor knapp drei Jahren die Auswertung der inzwischen allorts gem zitierten und nun auch als Konsumlabel tauglichen (z.B. vorschulische Lernspiele mit dem Namen PISA-Entwicklungsförderung) PISA - Studie veröffentlicht wurde, ging ein Aufschrei durch die bildungsbewusste deutsche Mittel und Oberschicht. Ein großer, welcher sich über das allgemeine schlechte Abschneiden der Schülerinnen und Schüler in Deutschland bestürzt zeigte, und ein etwas kleinerer, der die, in der Studie festgestellten, geringeren Bildungschancen von Unterschichtkindern und insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund anprangerte. So neu aber war diese Erkenntnis nicht, weder für Bildungspolitik noch Wissenschaft, und erst recht nicht für die in den Stadtteilen lebenden und arbeitenden Menschen, von denen viele schon seit Jahrzehnten gegen die Ungleichheit im Bildungswesen ihre Stimme erhoben.

Dass es den Herrschenden nicht um Förderung von Migrantenkindern und schon gar nicht um gleiche Bildungschancen für alle geht, liegt auf der Hand. Bildung wurde und wird in kapitalistischen Systemen schon immer als Ware gehandelt und erfüllt eine systemerhaltende Funktion. In diesem Sinne richten sich die Konsequenzen aus PISA vor allem auf eine gezielte Förderung der Eliten - für die deutsche Wirtschaft ist es wichtiger hochqualifizierte Leistungsträger hervorzubringen, als Jugendlichen nicht-deutscher Herkunftssprache einen Schulabschluss zu ermöglichen. Anderslautende Aussagen und Taten der herrschenden Politik erfüllen eine Feigenblattfunktion und dienen allenfalls der Kontrollierbarkeit der (Bildungs)armut. Ein Blick auf die Reformen der letzten Jahre zeigt welcher Weg im Berliner Bildungswesen beschritten werden soll, ein Weg, der

sidenten von Rheinland-Pfalz auf. Und Dem Polizeiterrror des "Blut-Mai" wird heute als "Straßenkampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten" gedacht.

Es ist klar: Es gab schon immer härteste Repressionen gegen Menschen, die mehr wollen, als ein kurzes, arbeitreiches Leben für das Kapital. Auch wenn in letzter Zeit nicht mehr geschossen wird, ist die Brutalität der Bullen noch vorhanden. Mag sein, dass die DemonstrantInnen heutzutage als "Chaoten" statt als "kommunistische Putschisten" beschimpft werden - die Funktion der Medien, die Hetze haben sich nicht prinzipiell verändert. Damals gab es den "Stürmer" und den "Vorwärts", heute hetzen "Bild" und "Kurier".

Wir können der Opfer des Blut-Mai am besten gedenken, indem wir ihre Parole jedes Jahr laut werden lassen: "1. Mai - Straßenfrei! Nieder mit der Polizei!"

Revolution - www.onesolutionrevolution.de

in erster Linie von Einsparungen gekennzeichnet ist: So wurde 2003 die Lehrmittelfreiheit aufgehoben. Alle Schulbücher müssen seitdem von den Eltern selber gekauft werden. Eine Ausnahme bilden lediglich Familien, die Sozialhilfe oder Wohn-geld beziehen; in manchen Schulen, in denen kein solidarischer Verteilungsmodell durch Eltern organisiert wurde, gibt es seitdem zwei Klassen von Kindern: Kinder mit neuen, selbstgekauften und Kinder mit alten, durch die Schule ausgegebenen Schulbüchern.

Eine weitere Variante der Kürzungspolitik beinhaltet Schulschließungen, besonders im Grundschulbereich. In Kreuzberg SO 36 betrifft dies die Kurt-Held-Grundschule, welche innerhalb der letzten Jahre konsequent herabgewirtschaftet wurde und nun zu Ende dieses Schuljahres geschlossen werden soll. Logische Folge sind neben der Auflösung des sozialen Umfelds der SchülerInnen der betreffenden Schule auch erhöhte SchülerInnenzahlen in den Klassen der umliegenden Schulen. Modelle wie Integration oder projektorientierter Unterricht werden quasi unmöglich gemacht. Doch pädagogische Überlegungen spielen in der ökonomischen Umverteilung nach Oben ohnehin keine Rolle und die zahlreichen Proteste der Kreuzberger Eltern, LehrerInnen und ErzieherInnen stießen auf taube Ohren. Während trotz gegenteiliger Wahlversprechen im Bildungsbereich massiv gekürzt und Kinder- und Jugendprojekten ihre Existenzgrundlage genommen wird, ist aber genug Geld für die Einrichtung privater Eliteunis vorhanden. Neben den sogenannten Einsparungen, existieren aber noch weitere Aspekte im Umbildungsprogramm der Herrschenden: So werden mit der Abwicklung hunderter selbstorganisierter SchülerInnen erkämpfte Freiräume zerstört - Freiräume, die das Leben der Kinder in den Kiezen positiv prägten und ein Stück der staatlichen Kontrolle entzogen.

Ähnlich der Einsetzung der Quartiersmanagements in den sogenannten Problembezirken, die mit einer Zerschlagung von selbstverwalteten Reststrukturen einherging, wird auch die Einführung der Ganztagschulen zumindest in Teilbereichen als Kontrollinstrument dienen. Eine bewusst geförderte Bildungsgleichheit geht mit einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit Hand in Hand. Um Unruhen und Widerstand im Keim zu ersticken, bedarf es nach herrschender Logik auch stärkerer staatlicher Kontrolle und Überwachung. Und so sprudeln plötzlich angeblich nicht vorhandene Geldquellen, wenn es darum geht den Überwachungsstaat zu perfektionieren: Ordnungsdienststreifen durchpflügen die Parkanlagen nach "undisziplinierten" ParknutzerInnen, besonders Jugendliche nicht deutscher Herkunft werden auf Schritt und Tritt kontrolliert und in Militärhubschraubern wird zur mehrheitlichen Jagd auf Sprayer-Kids geblasen. Die uralte Forderung der ArbeiterInnenbewegung nach gleichen Bildungschancen für alle bleibt aktuell! Diese Forderung in die Tat umzusetzen, bedeutet eine Umwälzung der sozialen und politischen Ordnung. Bildungsgleichheit wird nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich sein.

Heraus zum revolutionären 1.Mai! Sozialistischer Kreuzberger Elternbeirat



Comic: Breaking Free von J. Daniels

Die Fortsetzung könnt ihr euch sicherlich denken...